



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

## **Das Zeitalter des Imperialismus 1884 - 1914**

**Friedjung, Heinrich**

**Berlin, 1919-**

XXVIII. Deutschland vor dem Weltkrieg.

---

[urn:nbn:de:hbz:466:1-76985](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-76985)

XXVIII

Deutschland vor dem Weltkrieg

Deutschland ohne führende Geister . . . . .	352
Die Sozialdemokratie und die Einzelpersönlichkeit . . . . .	355
Licht- und Schattenseiten im Staatsleben . . . . .	357
Preussischer Militarismus . . . . .	358
Charakteristik Bülow's . . . . .	362
Bülow über das Verhältnis zu England . . . . .	365
Deutsche Orientpolitik . . . . .	371
Tirpitz. Schlachtflotte oder Auslandsflotte? . . . . .	377
Tirpitz als Politiker . . . . .	383
Rücktritt Bülow's . . . . .	385
Russisch-deutsche Annäherung . . . . .	387
Die Bagdadbahn. Riederlen-Wächter . . . . .	390
Wilhelm II. . . . .	392

Deutschland brach 1918 nicht als ein durch Wurm und Fäulnis zermürbter Organismus zusammen, sondern wie ein vom Blitze getroffener Baum. Die Krone ward zu Boden geworfen, aber der Stamm ragte kräftig in die Höhe, fähig, sich wieder zu entfalten, wenn nur die Feinde nicht auf ihn den Feuerbrand schleuderten. Für Deutschlands Gedeihen legte kurz nach dem Kriegsausbruche der amerikanische Gesandte Gerard Zeugnis ab, der zu Tirpitz sagte, er begreife die Deutschen nicht, daß sie den Krieg zugelassen hätten, da sie doch in wenigen Jahren England auf friedlichem Wege überholt haben würden<sup>1)</sup>. Das war es, was die britischen Imperialisten zur Einkreisung des Deutschen Reiches und zum Loßschlagen bestimmte. Nach dem Kriege haben viele Deutsche, die einen aus Parteigeist, die anderen grüblerisch und in Selbstquälerei, die geistigen und sittlichen Mängel des Staates und des Volkes als Ursache des Verderbens hingestellt. Wäre dies richtig, so hätten die Neider und Feinde der Nation schon vor dem Kriege eben dieses herbe Urteil gefällt. Deren Schilderungen vor 1914 stimmen aber mit seltener Einmütigkeit darin überein, daß Deutschlands strotzende Gesundheit und unaufhaltbares Wachstum die Nachbarn beunruhigten. Wohl wurde der Nation Anmaßung und Selbstüberschätzung vorgeworfen, ihre Kraft aber nicht in Zweifel gezogen.

Als eine der ungezählten Stimmen dieser Art sei die Schilderung des Oxford Professor Gilbert Murray in seiner gegen Deutschland gerichteten Streitschrift hervorgehoben<sup>2)</sup>. Es heißt daselbst: „Deutschland war, ohne Zweifel, wenn man es bloß nach dem Maßstabe beurteilte, auf den es selbst Gewicht legte, (vor dem Kriege) die führende Nation sowohl Europas als der Welt. Sein Handel und seine Industrie schienen auf den sichersten Grundlagen zu ruhen und mit

<sup>1)</sup> Tirpitz, „Erinnerungen“, S. 207.

<sup>2)</sup> G. Murray, „The foreign policy of Sir Edward Grey 1906—1914“ (London 1915), S. 104.

den schnellsten Schritten weiterzukommen; sein Volk war das organisierteste, erzogenste, disziplinierteste und zu gleicher Zeit das zufriedenste und begeistert loyal; seine Philosophen und Männer der Wissenschaft, seine Historiker und Philologen gaben in der ganzen Menschheit durch ihre Gelehrsamkeit den Ton an, beugten aber dennoch wie kleine Kinder ihre Häupter unter den Willen des Staates; sein Königtum war das glänzendste Europas, und die Nation konnte sogar noch im 20. Jahrhunderte zu der Vorstellung gelangen, daß das Wort der Hohenzollern der erlesene Kanal für die Befehle Gottes sei. Beurteilt sowohl nach dem Richtmaß der Welt wie des eigenen Geistes, fühlte sich Deutschland als die erste der Nationen; allerdings nach ihrem eigenen, überlieferten und geweihten preußischen Maßstabe, dem Maßstabe von Blut und Eisen. Lasset dies Richtmaß entscheiden! Eine Nation dieser Geistesrichtung konnte kaum auf die langsame Entwicklung der Geschichte warten oder sich unter die schwachen Schranken des formalen Rechtes beugen.“

\*

## Deutschland ohne führende Geister

Über schon vor 1914 klagten einsichtige Deutsche, daß auf zwei Gebieten die Schwungkraft der Nation ermatte, auf dem Felde der äußeren Politik und auf dem der Geisteswissenschaften wie der künstlerischen Kultur. In Bismarck besaß das Reich eine das Zeitalter beherrschende Persönlichkeit, ebenso lebte keiner anderen Nation ein Tonkünstler wie Wagner, ein Soziologe wie Marx, nicht einmal ein Geschichtschreiber wie Mommsen oder ein Philosoph von der Originalität des sonst mit Grund bestrittenen Genius Nietsches. Mit diesen Männern sanken die geistigen Chorführer ins Grab, ohne Ersatz zu hinterlassen. Allerdings war das Sinken der zeugenden Kraft im Reiche des Gedankens allgemein durch ganz Europa zu bemerken, überall verschwanden von 1900 an die schöpferischen Geister. Dostojewskij und Tolstoi fanden ebensowenig gleichwertige Nachfolger wie die im Frankreich des 19. Jahrhunderts führenden Romanschriftsteller; auch den bildenden Künsten fehlten die Kraftnaturen, die das Größte sich selbst,

der Überlieferung dagegen nur die Technik verdanken. In all dem sah Spengler<sup>1)</sup> Anzeichen des bevorstehenden Unterganges des Abendlandes, das dem Alexandrinismus, einer unschöpferischen, in die Breite gehenden Gelehrsamkeit, verfallen sei. Es war ein Deutscher, der aus diesen und den Erfahrungen anderer Zeiten und Völker ein allgemeines historisches Gesetz ableitete; konnte er doch gerade bei seinem eigenen Volke unmittelbar nach vorhergehender reicher Blüte deutlich das Abwelken beobachten. Aus der Entwicklung Englands ließ sich diese Erkenntnis nicht gewinnen, denn dessen Kultur war in der Zeit der Königin Viktoria nicht farbiger gewesen als unter Eduard VII. Der gelesenste oder doch meist genannte britische Schriftsteller Bernard Shaw gehört nicht zu den aufbauenden, sondern zu den skeptischen Geistern, die, wie der Spötter Lukian, den frommen Glauben der früheren Zeit zu Grabe geläutet haben.

Während jedoch das künstlerische und philosophische Gestalten dessen, was Geist und Herz des Menschen bewegt, sichtlich verkümmerte, bemächtigte sich das Jahrhundert mit siegender Gewalt der Kenntnis der Natur und unterwarf sie immer mehr seinem Dienste. Biologie und Chemie, Elektrizität und Mechanik erschlossen dem forschenden Auge weite Gebiete, eine Arbeit, bei der Deutschland mindestens ebensoviel leistete wie irgendein anderes Kulturvolk.

Vielleicht läßt sich sagen, daß diese Forschungsgebiete die besten Köpfe an sich zogen, so daß sich daraus die Verödung der Geisteswissenschaften erklärt. Als Beleg wäre das Lebenswerk Kants und im Vergleiche damit das Schaffen Einsteins anzuführen. Auch Kant begann als Physiker und veröffentlichte mit 31 Jahren seine „Allgemeine Naturgeschichte und Theorie des Himmels“, ein Werk, worin das jetzt allgemein angenommene System der Weltentstehung entwickelt ist. Das Werk blieb durch fünfzig Jahre fast unbeachtet, während Kants „Kritik der reinen Vernunft“ (1781) von den philosophisch gerichteten Zeitgenossen mit Bewunderung aufgenommen wurde. Umgekehrt gewann Einstein, obwohl an der Grenzscheide zwischen Naturwissenschaft und Philosophie stehend, seinen Ruhm vornehmlich als Physiker; in einer anderen Zeit würde er unter die bahnbrechenden Metaphysiker eingereicht worden sein. Ohne Zweifel waltet beim Auftauchen von führenden Geistern in den verschiedenen Wissensgebieten nicht der Zufall, sondern eine feste, in der Natur des Zeitalters verankerte Regel.

<sup>1)</sup> Oswald Spengler, „Der Untergang des Abendlandes“, 1918.

Es gibt, abgesehen von allem anderen, eine bestimmte Ursache, weshalb im Menschenalter vor dem Weltkriege gerade in Deutschland das Schauen und das künstlerische Gestalten hinter anderen Seelenkräften zurücktraten. Das lag im Überwiegen der Schule, der Zucht, der Organisation: diese Lebensformen sind weder der Kunst und der Poesie, noch der Philosophie und der Geschichtschreibung günstig. Strenge geistige Disziplin und künstlerische Anschauung stehen einander im Wege; ausgebildetes Schulwesen führt zur Spaltung in wissenschaftliche Einzelgebiete; es ist dem Entstehen einer einheitlichen Weltanschauung nicht günstig. Nur eine starke Seele wird sich über Zucht, Norm, sogenannte gute Erziehung, über allgemein verbreitete Formen hinwegzusetzen vermögen. Der gemeinsame Betrieb der Wissenschaft in Laboratorien und Seminarien, wie er in Deutschland gepflegt wurde, fördert Wertvolles zutage, aber das Genie arbeitet in stiller Einsamkeit. So erklärt sich vor allem das Erlahmen der Schöpferkraft auf dem Gebiete der Geschichtschreibung. Die historischen Seminarien haben die Methoden der Einzelforschung verbessert, sie lenkten jedoch von der Weltbetrachtung, von dem Überblick ganzer Perioden der Entwicklung ab. Die Quellen wurden als wichtiger betrachtet, denn das in ihnen überlieferte Geschehen. Das Forschen drängte das Darstellen zurück und lähmte den Entschluß, dieses in großem Stile zu versuchen. Mut ist aber nicht nur für den Tatmenschen unerlässlich, sondern auch für Denker und Dichter.

Die allgemein verbreitete methodische Gleichförmigkeit gab auch dem politischen Leben eine graue Färbung. Überall ein Normal- und Mittelmaß; Tausende und aber Tausende geistiger Arbeiter wurden erzogen, um als Räder in den Mechanismus eingefügt zu werden, aber Anstöße zum Großen und Allgemeinen konnten von ihnen nicht ausgehen. Das Heer und die Verwaltung, Gerichtswesen und Schule leisteten Großes, besonders dort, wo das Zusammenwirken zahlreicher Einzelkräfte notwendig war; die schöpferischen Naturen aber wollten sich nicht melden, die berufen sind, Triebfeder zu sein und nicht Triebrad.

Hätte sich dieses Absinken bloß in der obersten Leitung des Staates gezeigt, so könnte man die Schuld Wilhelm II. beimessen, der das ihm in Bismarck verliehene Gottesgeschenk undankbar hinwarf und dem die Gabe seines Großvaters, sich mit den stärksten Talenten zu umgeben, versagt war. Aber das Uebel stak tiefer und trat ebenso im Parla- mente wie in den Parteien zutage. Bei den Nationalliberalen ging die

Führung von Bennigsen, Miquel, Lasfer auf Bassermann über, bei den Fortschrittlichen von Eugen Richter auf untergeordnete Köpfe, bei den Klerikalen von Windthorst auf Lieber, Spahn und Erzberger — überall ein Niedergang. Ähnlich an den Fürstenhöfen, wo die ausgeprägten Persönlichkeiten früherer Zeit keine geistigen Erben fanden; Männer, wie die Könige Johann und Albert von Sachsen, Großherzog Friedrich von Baden, Ernst von Koburg wurden durch Mittelmäßigkeiten ersetzt. Diese letzteren waren mit der an den Höfen aufzubringenden Sorgfalt recht und schlecht, dabei in gleichförmig militärischer Bildung, erzogen, und dieser Drill brachte nicht Herrennaturen auf den Thron, sondern Männer eines unbefriedigenden Durchschnittes.

Ebenso bar an beherrschenden Persönlichkeiten, wie sie das politische Leben bedurft hätte, war im 20. Jahrhundert die preußische Adelskaste; nach dem Freiherrn vom Stein, den Humboldts und Bismarck machte sie den Eindruck, als wäre sie in Verkalkung begriffen. Aber das Großbürgertum endlich prägte Walter Rathenau 1920 den vielsagenden Ausspruch: „Es bestand (zur Kriegszeit) nur mehr aus Nachkommen, seine Begründer waren um 1900 ausgestorben.“

\*

## Die Sozialdemokratie und die Einzelpersönlichkeit

Man sollte glauben, daß die Sozialdemokratie eine Ausnahme hätte machen müssen, da doch die revolutionären Kräfte durch sie brausten, um in mächtigem Auftrieb von unten her die Talente an die Oberfläche zu fördern. Diese aber wollten sich nicht einstellen, trotz der Begeisterung unter den Sozialdemokraten, trotz dem ehrlichen Glauben an die Heilslehre, die das Reich Gottes auf Erden für eine nicht zu ferne Zeit ankündigte. Mit der Ausbreitung der Anhängerschaft verarmte die Partei an führenden Geistern. Karl Marx und Friedrich Engels standen nach dem Tode Lassalles in einsamer Größe da; diese dem Bürgertum entstammenden Männer hatten sich den Weg selbst gesucht, nach ihnen kam eine Generation von Kommentatoren und orthodoxen Jüngern



empor, die durch den Nürnberger Trichter des Marxismus gespeist wurden. Jeder von ihnen fand die Denkrichtung und den Denkapparat fertig vor. Unter den Männern der Tat verhielt es sich so wie unter denen des Gedankens: nach Bebels Tode gab es Zehntausende von Agitatoren, Parteisekretären, Durchschnittsjournalisten, aber keine Persönlichkeit, die den Mittelpunkt bilden konnte. Lehre und Formelkram sind für den Staatsmann eine unzureichende Schule. Gerade in der Sozialdemokratie wurde die Ursprünglichkeit der Natur durch Organisation, durch unduldsame Rechtgläubigkeit niedergehalten; ein Abrücken von den Dogmen ward nicht geduldet. Als Eduard Bernstein sich dagegen auflehnte, legte der Parteitag ihm Zaum und Zügel an; als Jaurès um seiner freieren Auffassung willen angefeindet wurde, klagte er über die dogmatische Intoleranz der deutschen Sozialisten.

Die Folge war die mangelhafte Vorbereitung der Sozialdemokraten für die Regierung. Marx und seine Schule erwarteten, daß die Entwicklung der Güterproduktion von innen heraus und von selbst die künftigen Organisationsformen hervorbringen werde; es sei überflüssig, wenn nicht schädlich, sich mit Träumen über die Einrichtung des Zukunftsstaates zu beschäftigen. Das Nachdenken darüber ward beinahe ebenso in Acht getan wie von der katholischen Kirche das Grübeln über die Geheimnisse des Glaubens. Bei der innerhalb der Sozialdemokratie herrschenden Disziplin fügte sich die Anhängerschaft diesem Denkwange, so daß die Partei 1918 unvorbereitet ans Ruder kam; die Idee der Sozialisierung war nicht genügend durchdacht und stand der Wirklichkeit hilflos gegenüber. Unendlich frischer, weil in völliger geistiger Freiheit, hatte der dritte Stand 1789 die ihm gesetzten Aufgaben durchmustert. Die Forderungen, welche die Wähler damals den Abgeordneten mitgaben, die Cahiers, enthielten eine unerschöpfliche Fülle von Gedanken und Vorschlägen, mit deren Reichtum sich die sozialistischen Schlagfätze von 1918 nicht vergleichen lassen. Nach den Formen der marxistischen Geschichtsauffassung allein läßt sich eine neue Gesellschaftsform nicht aufbauen.

Dann noch ein anderes: stellt irgendeine Denkrichtung die Bedeutung der großen Persönlichkeit für das Geschehen in Abrede, so wird ihr eine solche dann fehlen, wenn sie am notwendigsten wäre. Die Athener verbannten durch das Scherbengericht die überragenden, der demokratischen Gleichheit gefährlichen Mitbürger; die marxistische Lehre scheidet die Einzelpersonlichkeit aus den Faktoren der geschichtlichen

Rechnung aus; kein Wunder, daß hier wie dort die ungewöhnlichen Gestalten verschwanden, um dem Mittel- und dem Untermasse Platz zu machen.

\*

## Licht- und Schattenseiten des Staatslebens

So war Deutschland wohl in all dem kerngesund, was sich durch gemeinsame Arbeit leisten ließ, was auf straffer Organisation, auf Ordnung und System beruhte. Heerwesen und innere Verwaltung standen, wie der langjährige Krieg und die zähe Abwehr der Blockade bewiesen, auf einer früher nie erreichten Höhe, und das nicht bloß in technischer Beziehung, sondern kraft des die Bürger durchdringenden Pflichtgefühles. Dagegen fehlten der Nation die politischen, philosophischen, künstlerischen Führernaturen, und damit die Vorahner des Kommenden, es fehlte die hellseherische Erkenntnis, was sich durch den Krieg, durch einen rechtzeitigen Friedensschluß, was sich durch den Übergang der Macht auf den vierten Stand erreichen ließ. Innerhalb jeder Schichte sahen sich die einzelnen zum Verwechseln ähnlich, die Junker unter sich, das satte Bürgertum, die Professoren, die Beamten, am ähnlichsten die zum Klassenkampfe vorzüglich gedrillten Sozialdemokraten.

In der politischen Machtgruppierung waren zwei Kernschäden bemerkbar. Der eine war der klaffende Gegensatz der Regierungsform zu der Schichtung der Gesellschaft, der andere die konfessionelle Spaltung der Nation. Diese Übelstände hingen miteinander enger zusammen, als es auf den ersten Blick scheinen möchte. Das Bürgertum zerfiel in das katholische und das protestantische Heerlager; das erstere im Zentrum geeinigt, das letztere in Nationalliberale und Fortschrittliche gespalten, zum Teil aber auch den Konservativen folgend. Diese Zerklüftung machte es dem dritten Stande nach 1871 unmöglich, den ihm gebührenden Anteil an der Staatsgewalt zu erringen. Das Zentrum stand zwar mit den protestantisch-liberalen Parteien klassengemäß in einer Linie, in geistigen und kirchlichen Fragen aber fühlte es sich zu der protestantischen Junker- und Beamtenpartei hingezogen. Die Erbschaft aus dem Dreißigjährigen Kriege wirkte verderblich nach; im

Deutschland des 19. Jahrhunderts konnte das Bürgertum nicht zu der politischen Geltung gelangen wie in anderen Kulturstaaten; die Nation war dadurch, daß die Konfessionen parteibildend wirkten, wie nirgends in der Welt, in ihrer Mittelschichte politisch rückständig und damit machtlos.

Infolge dessen konnten das Königtum und die mit ihm verbündete Herrenschichte, der Kriegsadel samt dem großen Kapital, ihre Übermacht ungebührlich verlängern, die Demokratie dauernd niederhalten. Das war die soziale Grundlage des inneren Systems Bismarcks, welches auf der konfessionellen Zerklüftung des Bürgertums und auf der Furcht des letzteren vor dem Proletariat beruhte. Ohne das unheilvolle Erbstück aus der Kirchenspaltung und aus dem Dreißigjährigen Kriege hätte sich die Überleitung zum Parlamentarismus ebenso vollzogen wie in England oder in Italien. Dieser Wandel wäre notwendigerweise nach dem Kriege auch ohne die Niederlage eingetreten; bei einem glücklichen Ausgange auf friedlichem Wege. So aber schmetterte der Umsturz die früheren Gewalten zu Boden, mit ihnen auch unersehbliche moralische Güter, so die von den anderen Nationen beneidete straffe Organisation, vor allem das die früheren Obrigkeiten beseelende Pflichtgefühl, ihre in einer Zeit materiellen Lebensgenusses doppelt anzuerkennende Uneigennützigkeit. Es liegt aber viel Wahres in dem Urteile Friedrich Christoph Schloßers über das Zeitalter Voltaires: „Ohne die Grundlage strenger Sittlichkeit, ohne reinen Eifer für Wahrheit und Recht, ohne tiefe Verachtung des Eigennuzes und der Eitelkeit, ist jeder Angriff auf das Bestehende nur verderblich.“

\*

### Preußischer Militarismus

Das Wort vom preußischen Militarismus hat einen bestimmten Sinn, soweit es sich um den maßgebenden Einfluß der Kriegerkaste auf Staat und Gesellschaft handelt. Daß die Offiziere der erste Stand im Staate wären, daß ihre Ehre und ihre Interessen einen besonderen Schutz zu genießen hätten, daß sie bei Übergriffen von ihren Vorgesetzten gedeckt werden müßten, stand ihnen wie dem Kaiser und der Regierung

fest. Wohl kamen militärische Ausschreitungen selten vor, da im Offizierskorps vornehmer Sinn und Ritterlichkeit zu Hause war, aber in manchen Fällen ward das bürgerliche Ehrgefühl doch verletzt. Schlimm waren die im November 1913 in der elsässischen Stadt Zabern sich abspielenden Vorgänge. Ein übermütiger junger Offizier belegte die Rekruten des Landes wiederholt mit der den Elsässer beleidigenden Bezeichnung „Wackes“; als er deshalb auf der Straße von Landeskindern verhöhnt wurde und die Umstehenden darüber lachten, ließ er dreißig zum Teil angesehene Bürger und Beamte verhaften, die auf Befehl des Regimentsobersten die Nacht im Keller des Polizeihauses verbringen mußten. Als die Sache im Reichstag zur Sprache kam, stellte sich Kriegsminister Falkenhayn auf den Standpunkt, die verletzte militärische Ehre habe Sühne geheißt; der Reichskanzler wieder gab verlegene und unzureichende Erklärungen ab, weshalb der Reichstag am 4. Dezember mit 293 gegen 54 Stimmen der Regierung ein Mißtrauensvotum gab. Mit Ausnahme der Konservativen verurteilten alle Parteien den Übermut des Militärs, aber der Beschluß hatte bei der Ohnmacht der Volksvertretung keine Wirkung. An sich war das Ereignis unbedeutend, aber als Symbol des Kräfteverhältnisses im Staate vielsagend; auf die Dauer durfte sich die Nation einen solchen Zustand nicht gefallen lassen.

Diese Dinge hatten jedoch mit den Beziehungen der europäischen Mächte untereinander nichts zu tun. Es war den Franzosen bei ihrem heißen Wunsche nach Rückeroberung des Elsaß ganz gleichgültig, ob Deutschland absolutistisch oder demokratisch regiert wurde, wofür dabei nur seine militärische Kraft abnahm; von ähnlichen Empfindungen waren die britischen Imperialisten beseelt, die ihr Weltreich befestigen und erweitern wollten; von der russischen Kriegspartei nicht zu sprechen, deren Kerntruppe aus Anhängern des Zarismus und der Orthodoxie bestand. Da die französische und die englische Regierung die russische Despotie umschmeichelten, auf deren militärische Kraft sie ihre Hoffnung setzten, war es eine durchsichtige Heuchelei, als die Westmächte sich von Anfang des Weltkrieges an als Bannerträger der Freiheit gegen den preußischen Absolutismus gebärdeten. Zur Zeit, da Wilson sich entschloß, dem Deutschen Reiche den Krieg zu erklären, war der Zar noch Herr in seinem Reiche, aber der Präsident der Union trug kein Bedenken, Hand in Hand mit ihm gegen Mitteleuropa vorzugehen. Wenn die britischen und nordamerikanischen Gewalthaber, um die Herrschaft der

angelsächsischen Rasse in der Welt aufzurichten und den Strom des Reichtums nach London und Newyork zu leiten, die Komödie des Freiheitskampfes aufführten, so läßt sich dagegen von ihrem Standpunkte aus nichts einwenden, zumal da auch Selbsttäuschung mitsprach. Im Kampfe ist man eben in bezug auf die Waffen nicht wählerisch. Anders muß das Urteil über diejenigen Deutschen lauten, die damals und selbst noch nach dem Gewaltfrieden von 1919 den Feinden, mindestens aber Wilson, zumuteten, ihr treibendes Motiv sei das Streben nach dem Siege weltbürgerlicher Ideen gewesen; über solche Kinder und Narren ist weiter kein Wort zu verlieren.

Die nackten Ziffern belehren darüber, daß die Rüstungen der europäischen Randmächte zwischen 1905 und 1914 noch gewaltiger waren als bei den Staaten Mitteleuropas. In diesem Zeitraume verwendeten Deutschland und Österreich-Ungarn für ihr Heerwesen und ihre Flotte zusammen 13.66 Milliarden Mark, denen bei Frankreich und Rußland insgesamt 16.85 Milliarden gegenüberstehen. Es gab in Europa in der ersten Hälfte jenes Jahrzehnts nur eine Meinung darüber, daß Wilhelm II. den Frieden zu bewahren wünschte; aber schon damals (1905 bis 1914) waren seine künftigen Feinde in den militärischen Ausgaben mit 7.32 Milliarden Mark gegen 6.03 Milliarden den Mittelmächten weit voraus. Die Streitkräfte des immer unzuverlässigen Italien sind dabei nicht mitgerechnet, aber ebensowenig die gewaltigen Flotten- und Heeresausgaben Englands. Die deutsche Regierung, das erkannte auch im Jahrfünft 1905 bis 1909 das Ausland an, wünschte nichts sehnlicher, als daß Reich und Volk im Frieden weiter wüchsen, daß der von Osten und Westen drohende Angriff unterbleibe<sup>1)</sup>. Dafür legte auch Lloyd George Zeugnis ab, als er in einer am 28. Juli 1908 gehaltenen Rede die Deutschland bedrohenden Gefahren also schilderte: „Betrachten Sie sich Deutschlands Stellung. Sein Heer ist für das Land, was unsere Flotte für uns ist, seine einzige Verteidigung gegen Angriff und feindlichen Überfall. Es wurde nicht festgelegt, daß sein Heer stärker sein soll als Europas zwei stärkste Heere, wie wir festgelegt haben, daß unsere Flotte stärker sein soll als Europas zwei stärkste Flotten. Es hat vielleicht ein stärkeres Heer als Frankreich, als Rußland, als Italien, als Österreich. Aber

<sup>1)</sup> Diese Gesichtspunkte werden von Georg Brandes gut in einem Artikel der Kopenhagener „Politiken“ dargelegt, der in der „Frankfurter Zeitung“ vom 9. Dezember 1917 übersetzt ist.

es ist zwischen zwei Großmächten gelegen, welche, wenn sie sich vereinigen, sich über es mit weit größeren Truppenmassen stürzen können, als es selbst besitzt. Vergessen Sie dies nicht, wenn Sie sich darüber wundern, daß Deutschland so bedenklich und so erschreckt worden ist durch die Allianzen und Verständigungen und alle Arten geheimnisvoller Mahnungen und Dinge, welche sich in der Presse zeigen, oder Winke, welche von der ‚Times‘ und ‚Daily Mail‘ gegeben werden. . . Da liegt Deutschland in Europas Mitte, mit Frankreich und Rußland an der Seite und mit einem Bündnisse zwischen dessen beiden Heeren, die zusammen größer sind als das seine. Stellt Euch vor, daß Deutschland und Frankreich oder Deutschland und Rußland oder Deutschland und Österreich Flotten hätten, die, wenn sie sich vereinigten, größer und stärker wären als die unsere — würden wir uns dadurch nicht beschwert fühlen? Würden wir nicht rüsten? Natürlich würden wir das!“

Frankreich und Rußland rüsteten also nicht, weil sie eines Überfalles durch Deutschland gewärtig waren, sondern in der Verfolgung ihrer Ziele, Elsaß-Lothringens und Konstantinopels. Umgekehrt diente das deutsche Heer nicht bloß der Verteidigung des Vaterlandes, sondern der Machtbefestigung des Königtums und der aus Junkern und Kapitalisten bestehenden Herrenschichte. Von der Rednerbühne des Reichstages haben dies Sozialisten oft mit Recht betont, daneben aber auch verkündet, die Welt sei zu ihrer Bewaffnung durch den deutschen Militarismus veranlaßt; schritte Deutschland zur Abrüstung, so würden die übrigen Staaten gerne mitgehen. Der große Krieg hat Deutschlands Heer niedergeschmettert, aber die Rüstungen der anderen großen Nationen gingen trotzdem weiter; England und die Union bauten nach geschlossenem Frieden ebensoviel Kriegsschiffe wie zuvor. Die Angabe, der preußische Militarismus sei das eigentliche Hindernis dauernden Weltfriedens gewesen, ist durch die Tatsachen bestimmt widerlegt. Trotzdem wird die Behauptung von Wilson, Lloyd George und ihren Nachbetern wiederholt und desgleichen in Deutschland von jenen, welche die Herrschaft ihrer Partei über die Ehre und das Wohl des Vaterlandes sehen.

\*

## C h a r a k t e r i s t i k B ü l o w s

Dem Fürsten von Bülow waren glückliche Gaben in die Wiege gelegt; schon die Anmut seiner gesellschaftlichen Formen nahm für ihn ein. Im Gespräche fesselte er durch sprudelnde Einfälle, durch die Früchte einer umfassenden Belesenheit. Er überfloß von einer Liebenswürdigkeit, gegen die der harmlose oder selbstgefällige Hörer wehrlos war, von der man sich nicht einspinnen lassen durfte. Auf dem Instrumente der Presse spielte er virtuos als Künstler, als Redner im Reichstage verstand er nicht bloß die Versammlung zu fesseln, sondern auch durch seinen munteren, nie verletzenden Witz zu unterhalten, wofür das hohe Haus ihm dankbar war. Neben dem Humor stand ihm auch rednerisches Gewicht zur Verfügung, wenn er auch ergreifende Wirkungen nicht zu erzielen vermochte; denn etwas Spielerisches schwang in den angeschlagenen Tönen mit. So breitete sich, bis die Ungnade des Kaisers ihn fällte, über seiner Amtsführung ein Glanz aus, der die wirklichen Erfolge doch überbot.

Denn unter ihm sank die Geltung des Deutschen Reiches in der Welt, das zu Ende des 19. Jahrhunderts der erste Staat Europas, bei Bülows Rücktritt aber eingekreist und auf die Verteidigung angewiesen war. Dennoch wurde seine Außenpolitik im Reichstage nur sehr selten scharf angefochten; er fand Glauben und Beifall, wenn er auseinandersetzte, die Schuld liege an den Gefahren der Weltpolitik, in die Deutschland hineingezogen sei, wie an dem durch dessen Aufblühen hervorgerufenen Neide. Bloß der Alldeutsche Verband befehdete ihn fast immer und verzieh ihm weder das Fallenlassen der Buren noch den Entgang Marokkos<sup>1)</sup>. Gegen Ende seiner Amtswirksamkeit stand Deutschland bereits unter einem Drucke; aber kurz vor seinem Rücktritte fiel ihm in der bosnischen Frage ein schöner Erfolg zu, so daß sich die öffentliche Meinung im Reiche mit dem Gedanken

<sup>1)</sup> Indessen stellt sich Graf E. v. Reventlow, der Hauptstiftsteller der Alldeutschen, in seinem Buche „Deutschlands auswärtige Politik“ nicht bloß in den genannten zwei Anlässen auf die Seite Bülows; er billigt die allgemeine Richtung der Politik des Reichskanzlers, insbesondere, daß dieser weder mit England noch mit Rußland in ein enges Verhältnis getreten sei (1. Auflage, Berlin 1914, S. 178, 289).

beruhigte, die Einkreisung sei mißlungen, das Netz zerrissen. Es war aber nur das Aufatmen für eine kurze Pause.

Bülow war ein auswählender, nicht ein schöpferischer Geist, so daß die ihn bestimmenden Einflüsse sich unschwer auseinanderlegen lassen. Von Bismarck übernahm er den Dreibund, den er ungemindert, aber auch unvermehrt, seinem Nachfolger überantwortete. Im Flottenbau führte er, was er bei seinem Amtsantritte zugesagt hatte, das Programm des Kaisers aus und empfing dabei von Tirpitz starke Anregungen. Für das Verhältnis zur Pforte und überhaupt zur islamischen Welt gab Botschafter Marschall von Bieberstein den Ausschlag, in der Marokkopolitik Friedrich von Holstein. Aber die Einflüsse kreuzten und bekämpften sich oft, so daß der Reichskanzler für das Zusammenarbeiten der Räder zu sorgen, die auseinanderstrebenden Kräfte in Einklang zu bringen hatte. In der bosnischen Sache, seiner glücklichsten Leistung, gab er allein die Richtung an. Immer behauptete er sich neben dem Kaiser als Lenker der Staatsgeschäfte.

Nach Anlage und Erziehung war er vor allem Diplomat, dessen Handwerk er besser verstand als irgendeiner der Nachfolger Bismarcks. Bei den Kabinetten des Auslands war er wegen seiner verbindlichen Formen wohlgekommen. In seinen Reden verband er den Ton nationaler Würde glücklich mit der Rücksicht auf die Empfindlichkeit der anderen Mächte; abgesehen von seinen 1902 gegen Chamberlain gesprochenen Worten, dessen Ausfall auf das deutsche Heer er allzuscharf abwies (Band I, Seite 392), ließ er während der zwölf Jahre seines amtlichen Wirkens und auch später gegen eine fremde Regierung kein Wort fallen, am wenigsten gegen England. Herausforderung oder Schulmeisterei waren ihm fremd. Von den Franzosen sprach er mit ruhiger Festigkeit, unter lebhafter Anerkennung ihres starken Nationalgefühls; mit Rußland setzte er sich freundschaftlich, selbst herzlich auseinander; mit den Italienern, für die er eine Schwäche hatte, in wohlgelesenen Höflichkeiten, stets nachsichtig, selbst wenn sie, wie er sagte, eine Extratour machten. Geschmaç und Takt haben ihn nie verlassen.

Um so mehr fällt es auf, daß dieser schmiegsame Geist, dieser in Unterhandlungen sattelgerechte Diplomat, die an ihn herantretenden Bündnisangebote anderer Staaten ausnahmslos zurückwies. Das ist der springende Punkt seiner Auslandspolitik. Wir wissen, daß er 1899 den Allianzvorschlag Chamberlains ablehnte, ebenso 1900 nichts davon wissen wollte, gemeinsam mit Rußland und Frankreich für die



Buren einzutreten, daß er 1902 wieder den Japanern einen Korb gab. Aber weiter: es wurde eingehend dargelegt, daß Rouvier 1905 viel darum gegeben hätte, sich mit dem Berliner Kabinett zu verständigen, daß er ein Stück der atlantischen Küste Marokkos anbot, wenn Deutschland nur auf die Marokkokonferenz verzichten würde. Aber auch dies war vergebens. Als Kaiser Wilhelm ungefähr zur selben Zeit zu Björkoe mit dem Zaren zusammentraf und von dort einen Bündnisentwurf mitbrachte, war Bülow mit der Fassung so wenig einverstanden, daß er seinen Rücktritt anbot und schon damit die Sache unmöglich machte. Nicht gerade um Bündnisentwürfe handelte es sich auf der Haager Friedenskonferenz, aber auch hier sprach Deutschland ein starres Nein. Es ließ die Frage der Abrüstung nicht einmal auf die Tagesordnung setzen und stand an der Spitze der Staaten, die ein obligatorisches Schiedsgericht ablehnten. So hielt sich die deutsche Regierung nicht bloß von den Kabinetten fern, sondern nahm auch auf die Stimmung der Völker nicht die entsprechende Rücksicht.

Die in jedem einzelnen dieser Fälle bestimmenden Gründe haben uns bereits beschäftigt; sie waren verschiedener Art, lassen sich aber, soweit Bündnisse mit England und Rußland in Frage kamen, auf den von Bülow später oft verkündeten Lehrsatz zurückführen, daß Deutschland zwischen den zwei Weltmächten seine Unabhängigkeit wahren und sich nicht von der einen gegen die andere gebrauchen lassen dürfe. Nun ist es zwar zu billigen, daß das Reich sich nicht von irgend jemandem vorschreiben ließ; aber dies brauchte nicht die Folge eines klug abgewogenen Bündnisses zu sein. In solcher Vorsicht lag ein eigentümliches Mißtrauen der deutschen Staatslenker in die eigene diplomatische Geschicklichkeit. Hier spielte vielleicht der Holstein beherrschende Argwohn gegen Fallstricke mit, der ihn bis zur Krankhaftigkeit verfolgte. Aber Bülow selbst hat die Theorie von der notwendigen Unabhängigkeit Deutschlands vor und nach dem Weltkriege so eingehend begründet, daß sie sein geistiges Eigentum gewesen sein muß. Sie wurde von einem Mitarbeiter Bülows, Hammann, das System der Gleichgewichte genannt, die eine Macht sollte von der anderen in Schach gehalten werden. Da aber Deutschland sich in den Jahren seiner überragenden Stellung in Europa, also vor 1904, nicht binden wollte, geschah es, daß die englische Diplomatie die Brücke zum Zarenreich schlug und Deutschland zwischen zwei Feuer brachte. Bismarck hatte immer nach allen Seiten ausgelugt, um seinem Lande neue Bundesgenossen zu erwerben.

Sein nächster Nachfolger ließ den Rückversicherungsvertrag mit Rußland fahren, was übrigens Bülow mißbilligt hatte; aber auch er machte keine Anstrengung, um die dadurch entstandene Lücke im Neze zu bessern<sup>1)</sup>.

Es war ein Irrtum, wenn man im Berliner Kabinett annahm, England sei mit Frankreich auf der einen, mit Rußland auf der anderen Seite so arg verfeindet, daß sich diese Mächte nicht gegen Deutschland zusammenfinden würden. Auch hielten die Ratgeber Kaiser Wilhelms Deutschland für stark genug, sich mit Hilfe des Dreibundes gegen Ost und West zu behaupten. Im ruhigen Bewußtsein, den Nachbarvölkern kein Unrecht zugefügt und deren Verlegenheiten nicht zu einem Anschläge mißbraucht zu haben, zog sich die deutsche Regierung auf ihre eigenen militärischen Hilfsmittel zurück; sie glaubte, das Reich ruhe sicher an diesem und an dem Anker des Dreibundes.

\*

### Bülow über das Verhältnis zu England

Von den möglichen Bündnissen wäre das mit England das aussichtsreichste gewesen, wenn auch das zur Zeit des Burenkrieges vereinsamte Britannien nicht so viel zu bieten hatte wie später; die Ausdehnung des deutschen Kolonialwesens war aber davon zu erwarten.

<sup>1)</sup> Noch nach dem Kriege verfocht Fürst von Bülow die in der „Deutschen Politik“ und auch sonst dargelegte Theorie. In einem am 24. August 1919 im „Hamburger Fremdenblatt“ veröffentlichten Briefe Bülows heißt es mit Bezug auf das englische Bündnisangebot von 1899: „Jene englische Anregung um die Wende des Jahrhunderts erfolgte in einer Zeit, wo es England erwünscht gewesen wäre, wenn wir 1899 seine schwierige Lage im Burenkriege erleichtert hätten, indem wir die russischen und französischen Bajonette auf uns ablenkten und ihm die Dienste erwiesen, die ihm dann Japan auf den Schlachtfeldern der Mandchurei leistete. Japan war aber Rußland gegenüber weniger verwundbar als wir. Es hatte auch nicht bei einem Konflikt mit der Feindschaft einer Großmacht wie Frankreich zu rechnen. Das deutsche Interesse gebot, uns weder von Frankreich und Rußland gegen England, noch von England gegen Rußland vorschieben zu lassen. Wir mußten unsere Unabhängigkeit behaupten, uns freie Hand wahren, durften für Niemanden die Kastanien aus dem Feuer holen.“

Es ist aber naiv anzunehmen, daß ein 1899 mit England mitten in dessen Verlegenheiten abgeschlossener Vertrag den Gegensatz zu Deutschland aufgehoben hätte. Damals war das erste deutsche Flottengesetz angenommen, das zweite entscheidende in Vorbereitung. Britannien konnte nunmehr nach den von den Buren erlittenen empfindlichen Schlappen dem Berliner Kabinett nicht den Verzicht auf eine Kriegsmarine auferlegen. Ging aber die Seerüstung auch weiter vorstatten, so brach nach dem Burenkriege die Eifersucht wieder hervor und man stand wieder so zueinander, wie vor dem etwa eingegangenen Vertrage. Was die Briten beunruhigte, war nicht das am Anfange des Jahrhunderts bestehende Kräfteverhältnis, sondern die sichere Aussicht, daß es sich unaufhörlich zugunsten des mächtig aufstrebenden Deutschland verschob. Es war ja gar nicht daran zu denken, daß England der Bundesgenosse Deutschlands bleiben und ihm gestatten würde, von dem breiten Rücken des Freundes gedeckt, seine Flotte auszubauen. Unter allen Umständen hätte Britannien von Deutschland den Verzicht auf eine ihm gleichstrebende Seemacht verlangt. Wollte man die Engländer zu Freunden, so mußte das Flottenprogramm geopfert werden. Ein drittes gab es nicht.

Bis etwa 1905 wäre ein derartiger Verzicht möglich gewesen, nachher aber hätte sich die öffentliche Meinung Deutschlands dagegen aufgelehnt. Die Nation wollte es sich nicht verbieten lassen, naturgemäß zu wachsen. Wilhelm II., Tirpitz, das Offizierskorps und die national Hochgestimmten unter den Gebildeten waren auch früher nicht dafür zu haben; später, nach Englands in der Marokkofrage bekundeten Feindseligkeit, gab es auch im Reichstage keine Mehrheit für den Verzicht auf das Flottengesetz von 1900. Nur die Sozialdemokraten und ein kleiner Kreis bürgerlicher Antimilitaristen hätten zugestimmt, darüber hinaus keine nennenswerte Gruppe. Als Probe diente die Abstimmung über die Flottennovelle von 1906, für die sich alle größeren bürgerlichen Parteien einhellig aussprachen. Und wir wissen, daß mit dem Gesetze von 1906 die entscheidende Wendung und das Wettüsten durch den Bau von Dreadnoughts eintrat, womit England vorangegangen war. Die späteren Versuche einer grundsätzlichen Verständigung über maritime Dinge mißlangen und was etwa im einzelnen ausgemacht wurde, blieb ein Flickwerk.

Beharrte aber Deutschland bei seiner Flottenpolitik, so hatte es überhaupt keine Wahl unter den noch möglichen Allianzen als die mit

Rußland. Das war zur Zeit des Burenkrieges noch anders gewesen; damals konnte noch die von England gebotene Hand ergriffen werden. Im Jahre 1905, nach der ersten Marokkokrise und während der Zusammenkunft von Björkoe war der Vorhang gefallen und Deutschland war eingekreist, wenn es nicht Rußland für sich gewann. Kaiser Wilhelm hatte das richtige Gefühl dafür und schloß mit Nikolaus II. ab; der Kanzler aber glaubte die Wahl noch offen und in diesem Irrtum blieb er bei dem System der Gegengewichte.

Wohl entging dem Fürsten Bülow nicht, was über den Kanal her Schlimmes drohte, wenn er auch nicht wußte, daß der oberste Chef der britischen Flotte, Admiral Fisher, 1905 und 1908 dem König Eduard in den Ohren lag, ohne vorherige Ankündigung in die deutschen Häfen einzubringen und dort die Panzer in den Grund zu bohren. Der Reichskanzler meinte aber, das Unheil lasse sich durch Klugheit und Kaltblütigkeit beschwören. Oft sagte er während seiner Amtsführung und begründete es in seiner „Deutschen Politik“ näher, er habe, solange die Flotte noch zum Widerstande zu schwach war, durch die Gefahrenzone steuern müssen; bis dahin konnte England den Nebenbuhler zur See ohne Anstrengung und ohne jede Gefahr niederschmettern und auch seine Handelsflotte wegführen. Später werde Deutschland mehr Sicherheit genießen; und sich den Risikogedanken Tirpitz' zu eigen machend, sprach Bülow in seinem Buche die Ansicht aus, Großbritannien werde sich nach Fertigstellen der deutschen Flotte vor dem Angriffe hüten, da es dann Gefahr laufe, in einer oder mehreren Seeschlachten seine besten Panzerschiffe und damit seine unbedingte Hoheit über das Weltmeer zu verlieren. Bis dahin mußte — dieser Schlüssel zum Verständnisse seiner Politik ward von Bülow gegeben — England vorsichtig behandelt werden, nie durfte sich Deutschland eine Blöße geben, nirgends „die Flanke bieten“. Ähnlich, aber noch anschaulicher, legte er im Gespräche mit Kaiser Wilhelm seine Gedanken dar. Er verglich die von ihm zu leistende diplomatische Arbeit mit der des Themistokles, als Athen nach den Perserkriegen seine Mauern wieder aufbauen wollte und das eifersüchtige Sparta dagegen Einspruch erhob. Damals ließ sich der kluge Mann nach Sparta zur Unterhandlung senden und hielt dessen mißgünstige Regierung so lange hin, bis die Mauern der Stadt durch die angestrengte Arbeit von Männern, Frauen und Kindern zu stattlicher Höhe emporgestiegen waren. Ein geistreicher Vergleich, der nicht bloß für den Anfang, sondern auch für das Ende, von der Schöpfung

der Flotte bis zu deren Untergang, stimmte; denn die Mauern Athens haben die Eroberung der Stadt am Schlusse des Peloponnesischen Krieges nicht hindern können, ebensowenig wie die Flotte den Niederbruch Deutschlands.

Seit dem Flottengesetze von 1900 handelte Bülow nach der von ihm aufgestellten Regel. Die deutsche Regierung hütete sich, England Anlaß zu Beschwerden zu geben und unterdrückte deshalb auch ihr Verlangen nach neuen Kolonien; nicht einmal in Marokko griff sie zu, obwohl Frankreich dazu einlud. Deutschland nahm selbst Beleidigungen ohne Gegenschlag hin. Als das Londoner Kabinett in der Note vom 25. August 1904 mit Krieg und als der Civillord Arthur Lee am 3. Februar 1905 mit der Zerstörung der deutschen Flotte drohte, begnügte sich das Berliner Kabinett mit ruhigen und ernsten Verwahrungen. Ähnlich nach der Enthüllung Delcassés, daß England der französischen Regierung im Mai 1905 militärischen Beistand versprochen hätte, falls sie wegen Marokkos nicht nachgeben wollte. Als das Londoner Kabinett darauf im Herbst 1905 erklären ließ, es habe Frankreich nicht zum Kriege ermutigt, gab sich Bülow den Anschein, dieser Versicherung zu glauben. Dieselbe Selbstbeherrschung übte die deutsche Regierung, als das britische Ministerium dem Parlament 1909 die sie beleidigende Gröfßnung machte, Deutschland baue insgeheim mehr Kriegsschiffe, als sein Reichstag bewilligt habe. Bülow und Tirpitz berichtigten kurz und sachlich, um den Streit nicht fortzuspinnen (Band II, Seite 331 f.). Wußten sie doch, daß sie der Kriegspartei in England sonst Anlaß zu Treibereien geben würden, wie die des Feldmarschalls Lord Roberts gewesen war. Der deutsche Botschafter in London, Wolff-Metternich, war beunruhigt und machte Bülow aufmerksam, daß Deutschland gut daran tun würde, seine Seerüstung einzuschränken. Der Kanzler beriet darüber mit dem Marineminister, der es für tunlich erklärte, sich mit England über ein bestimmtes Stärkeverhältnis zu einigen. Das war der Beginn der zwanglosen Besprechungen über den Gegenstand, die aber erst später mit der Festsetzung des Verhältnisses von 1:1,6 endeten. Mit der englischen Flottenpolitik hing es zusammen, daß Grey die Anregung gab, man solle zur Beseitigung des Verdachtes geheimer Schiffsbauten den Marinebevollmächtigten der zwei Staaten die Befugnis erteilen, die beiderseitigen Bauten zu überwachen. Kaiser Wilhelm widerstrebte anfangs diesem vermeintlichen Eingriffe in seine Militärhoheit; nur mit einiger Mühe bestimmte ihn Tirpitz zum Nach-

geben, damit Deutschland nur nicht böser Anschläge gegen den Frieden beschuldigt werden könnte<sup>1)</sup>.

In bezug auf die Wahrscheinlichkeit eines Krieges mit England urteilte Bülow optimistischer als Tirpitz, er hielt ihn für vermeidlich, wenn die Geschäfte in Berlin nur geschickt geführt wurden. Zwar dürfe man sich keine Blößen geben, deshalb aber sei der Verzicht auf eine Weltpolitik doch nicht notwendig. Bis zum Besitze einer Flotte etwa in dem Ausmaße, wie sie bei seinem Rücktritt bestand, sei Vorsicht geboten, später werde Britannien im eigenen Interesse dem Zusammenstoße ausweichen. In dieser rosigeren Auffassung der Weltlage nahm Bülow keinen Anstand, sich in Marokko ein hohes Ziel zu stecken und auf die handelspolitische Besitznahme Vorderasiens hinzuwirken, und dies gleichzeitig mit dem Flottenbau. Indessen sah er nach dem Mißerfolge von Algeciras den in Marokko gemachten Fehler ein und anerkannte durch das Abkommen mit Frankreich vom 9. Februar 1909 dessen politisches Übergewicht in jenem Lande. Auch mit England hoffte er ins reine zu kommen und verbreitete sich darüber ausführlich in der „Deutschen Politik“. „Kriegswolken“, so heißt es dort, „gehören zum Bilde des politischen Himmels. Aber die Zahl derer, die sich entladen, ist ungleich geringer als die Zahl der Wolken, die sich verziehen. Gleich schwere, wenn nicht schwerere Gefahren haben den Frieden zwischen England und Frankreich in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts während der Julimonarchie bedroht und zeitweise auch in der Epoche des zweiten Kaiserreiches. Zwischen England und Rußland schien 1885 gelegentlich der Zuspizung der afghanischen Frage der Krieg unvermeidlich. Alle diese bedrohlichen Wolken haben sich verzogen, ohne daß eine Entladung erfolgt wäre“<sup>2)</sup>.

<sup>1)</sup> Tirpitz, „Erinnerungen“, S. 178, 180.

<sup>2)</sup> Eine andere Kernstelle des Buches lautet: „Frankreich würde uns angreifen, wenn es sich bei zureichenden Kräften glaubte, England nur, wenn es zu der Ansicht käme, daß es seine wirtschaftlichen und politischen Lebensinteressen nicht anders als auf gewaltsamem Wege gegen Deutschland durchsetzen könnte. Die Triebfeder der englischen Politik uns gegenüber ist nationaler Egoismus, die der französischen nationaler Idealismus. Wer aber seine Interessen verfolgt, wird meist besonnener bleiben, als wer einer Idee nachjagt.“ In der zweiten Ausgabe der „Deutschen Politik“, 1916 veröffentlicht, ist zwar der obige Beweisgang Bülows wiederholt, auch durch Zusätze näher begründet, aber doch auch manche Einschränkung hinzugefügt. So wird S. 118—121 das Bedauern ausgesprochen, daß Britannien die Freundschaft Deutschlands nicht gewollt, die ihm wiederholt entgegengestreckte Hand zurückgewiesen habe. Übrigens erkannte Bülow, daß er sich von dem Bau der Flott-

Man glaube nicht, daß der ehemalige Reichskanzler dies freundliche Bild 1913 nur ausgemalt habe, um zu beschwichtigen. Im vertrauten Zwiegespräche ging er zu jener Zeit noch weiter und bekannte sich zu der Ansicht, daß die Zeit der großen Kriege vorüber sei, daß die innigen volkswirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Völkern wie der Sinn für Menschlichkeit eine friedliche Entwicklung der Welt erhoffen lasse. Deshalb tadelte er während des Weltkrieges und nachher laut die Unvorsichtigkeit der von Bethmann Hollweg 1914 betriebenen Politik, bei der Deutschland den Gegnern ins Messer gelaufen sei. Die freundliche Auffassung der bei seinem Rücktritte 1909 bestehenden Weltverhältnisse hatte ihre Ursache in Bülow's starkem Lebensgefühl, in der Zuversicht, die Geschäfte glücklich geführt und sie seinem Nachfolger in gutem Stande zurückgelassen zu haben. Als seine hoffnungsvolle Annahme 1914 zusammenbrach, fand er, die Schuld läge vor allem an den unerbittlichen Mißgriffen seines Nachfolgers. Wie anders, wenn er 1914 an der Spitze gestanden hätte! Daß er selbst die Fähigkeit besessen haben würde, den Sturm zu beschwören, war die Überzeugung, mit der er weder in seinen Gesprächen noch in seinen Briefen zurückhielt.

In seinem Vertrauen auf die Kraft und den guten Stern Deutschlands zögerte er nicht, in der „Deutschen Politik“ auch auszusprechen, Deutschland werde zuletzt ebenbürtig neben Britannien treten und von ihm als gleichberechtigt anerkannt werden. Das war aber eine Selbsttäuschung. War England wirklich dazu bereit, bestanden auch nur Anzeichen seines Einlenkens? Es gab zwar auch jenseits des Kanals Stimmungen zu einem Vergleiche auf einer solchen Grundlage; alle maßgebenden britischen Staatsmänner aber, alle Kriegsleute, die großen Reeder und die Chefs der Welthandelsfirmen wiederholten unaufhörlich, daß England wie bisher Herrscher auf den Meeren bleiben müsse; seine Sicherheit, seine Versorgung mit Rohstoffen und Nahrungsmitteln sei bedroht, wenn es nicht das Imperium über den Ozean besitze. Diese Sorge wurde von ihnen nicht vorgeschützt, sondern wirklich gehegt, was von vielen sonst einsichtigen Deutschen nicht geglaubt wurde. Die britischen Staatslenker um Eduard VII. hielten eine ihnen ungünstige Weiterentwicklung für unvermeidlich; daher die Aufrichtung

für den Frieden zuviel versprochen habe. Deshalb ließ er die optimistischen Stellen weg und betonte bloß, daß Deutschland durch die Flotte Bewegungsfreiheit erworben habe. — Einen guten Vergleich zwischen den zwei Auflagen bietet die Schrift von Richard Hamel, „Aus Fürst Bülow's diplomatischer Werkstatt“, Berlin 1916.

eines großen Bündnisystems gegen Deutschland, daher dessen wohl-  
gelungene Einkreisung. Sonach ging die deutsche und die eng-  
lische amtliche Politik von der entgegengesetzten Annahme aus;  
die erstere hielt den Krieg für vermeidbar, die letztere nicht. Das  
ist der durch die Leidenschaften des Weltkrieges bei vielen in  
Vergessen geratene Sachverhalt; darauf ist in letzter Linie zurückzuführen,  
daß die deutsche Diplomatie sich wenig um weitere Sicherungen durch  
Bündnisse kümmerte, während die britische das Netz immer fester zuzog.  
Sinnlos aber sind die gegenseitigen Vorwürfe über die Tücke und  
Hinterhältigkeit des anderen Teiles. Nicht in den Persönlichkeiten lagen  
die Ursachen des Zusammenpralles, sondern in den über ihnen waltenden  
staatlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kräften, also, um es  
in der philosophischen Schulsprache mit einem vielleicht abgegriffenen  
Worte auszudrücken, nicht in der menschlichen Freiheit, sondern in der  
harten Notwendigkeit.

\*

## Deutsche Orientpolitik

Noch mehr Schwierigkeiten türmten sich für Deutschland auf, als  
es, wie es französische politische Schriftsteller gern genannt haben, von  
dem Drang nach dem Osten erfaßt wurde. Auch hier setzte sich die  
stark gewordene Nation neue Aufgaben, die, mit den anderen zu-  
sammengenommen, über ihre Kräfte gingen.

Es war nicht das Werk der deutschen Diplomatie, sondern ergab  
sich aus der Weltlage, daß der türkische Sultan beim Deutschen Reiche  
Schutz und Hilfe suchte. Vorüber war die Zeit, da er gegen die Er-  
oberungsabsichten Rußlands bei England und Frankreich Anlehnung  
fand. Die französische Republik besorgte im nahen Osten die Geschäfte  
des Zaren und Britannien wandte sich seit dem Ende des 19. Jahr-  
hunderts ganz von der Pforte ab. Seitdem England sich in Ägypten  
festgesetzt hatte, war das Nilland der Angelpunkt seiner Machtstellung,  
Konstantinopel wurde ihm gleichgültig. Mit der Zeit faßte es dann  
die Zerschlagung des türkischen Reiches ins Auge, um dessen arabische  
Gebietssteile als Landbrücke nach Indien zu gewinnen. Mit Schrecken



sah die Hohe Pforte, daß der Pfeiler der britischen Freundschaft barst. Als Salisbury Rußland 1896 einlud, den Sultan Abdul Hamid zur Freigebung Armeniens zu zwingen, standen die Dinge für die Türkei verzweifelt. Es war noch ein Glück, daß der Zar, der sich in seinen ostasiatischen Entwürfen nicht stören lassen wollte, den Antrag Englands ablehnte. Aber die drohende Gefahr war der Hauptgrund, weshalb sich der Sultan der deutschen Regierung in die Arme warf. Wilhelm II. antwortete damit, daß er in seiner zu Damaskus 1899 gehaltenen Rede die Befenner des Islam seines Schutzes versicherte; das praktische Ergebnis war die an die Deutsche Bank erteilte Konzession zum Bau der Bagdadbahn. Im türkischen Staatsrat waren jedoch die Ansichten über den Nutzen dieser Politik geteilt. Riamil Pascha, zu wiederholten Malen Großwesir, empfahl immer aufs neue, die englische Regierung um Wiedergewährung der entzogenen Gunst zu bitten; vielleicht werde sie sich durch den förmlichen Verzicht auf Ägypten versöhnen lassen. Auch für die Anrufung des Schutzes des Zaren ließ sich manches sagen, da er die Pforte zu schonen Grund hatte, solange er Port Arthur und die Mandschurei heißer begehrte als die Dardanellen. Indessen bei der Pforte schlugen die Gründe für die Anlehnung an Deutschland durch, besonders weil dieses in den Gebietsfragen vollständig uneigennützig war. Es begehrte bloß wirtschaftliche Zuwendungen, nicht aber wie Rußland und England Häfen und Landgebiete. So schloß sich die Türkei immer enger an Deutschland an. Abri gens verschaffte die Begierde Rußlands, sich in Ostasien auszudehnen, der Pforte ein Jahrzehnt der Erholung. Es war ihr ein Labsal, Rußland zuerst durch den Krieg mit Japan, dann durch die in seinem Innern gärende Revolution beschäftigt zu wissen. Während dieser Zeit trat Japan mit der Pforte in Fühlung und verlangte von ihr einen Dienst, der sie nicht das mindeste gekostet hätte. Das im Schwarzen Meere liegende russische Geschwader hatte für den Krieg mit Japan keinen Wert, da der Dardanellenvertrag ihr die Ausfahrt ins Ägäische Meer verlegte. Als nun die russische Ostseeflotte im Herbst 1904 nach Ostasien zum Kampfe auszog, trat die japanische Diplomatie mit einem merkwürdigen Ansinnen an die Pforte heran: „Lasset das Geschwader des Schwarzen Meeres durch die Meerengen heraus, damit wir auch ihm den Garaus machen können, lasset es heraus!“<sup>1)</sup> Die Versuchung war groß, aber der Sultan hielt es für unklug, die ihn schützenden Verträge in einem Punkte zu ver-

<sup>1)</sup> So nach der Mitteilung eines türkischen Diplomaten.

leben; er zog es vor, sich nicht zu rühren. Das Gewitter in Ostasien brauste zwar bald vorüber, brachte aber der seitwärts gelassenen Türkei immerhin etwas Erfrischung.

Während dieser Vorgänge stieg die Geltung Deutschlands am Bosporus zusehends. Was auch sonst gegen die deutsche Diplomatie eingewendet worden ist: hier leistete sie alles, was billigerweise verlangt werden konnte. Der Kaiser, Bülow und Botschafter Marschall arbeiteten einander in die Hände. Wilhelm II. war in seinem Element, da seine Phantasie diesmal sich nicht an Wirklichkeiten stieß, die ihn zu unbesonnenen Äußerungen reizten; an Bülow gefiel den türkischen Staatslenkern das fürstliche Gebaren, das ihm eigen war, ohne daß er erst zur Durchlaucht erhoben werden mußte; Marschalls, des Botschafters, festes Auftreten und Zuverlässigkeit gewannen das Vertrauen des sonst krankhaft argwöhnischen Sultans. Neben den Staatslenkern waren Militärs, Geldmänner und Ingenieure in gleichem Sinne tätig. Colmar von der Goltz, der militärische Erzieher des türkischen Generalstabes, wurde von dessen Offizieren, auch nachdem sie zu Generälen und Marschällen aufgestiegen waren, als Meister verehrt. Der türkischen Finanzen nahm sich Georg von Siemens an, der Direktor der Deutschen Bank; er schuf dem Sultan durch die Bagdadbahn den Eisenstrang zur Festhaltung seiner asiatischen Provinzen. Bei der Hedschasbahn leistete als Ingenieur Meißner Pascha dieselben Dienste, so daß Mekka und Medina der Reichshauptstadt näher gerückt wurden. Dies Zusammenwirken aller Kräfte verdient Anerkennung, wenn der Lohn auch ausblieb.

In dem Vordringen des deutschen Einflusses auf die Türkei trat während der jungtürkischen Revolution (Juli 1908) eine Stöckung ein. Die aus London und Paris heimkehrenden, aus Staatskruder gelangenden Flüchtlinge sahen in den demokratischen Staaten des Westens ihr Vorbild, während sie dem deutschen Kaiser als dem Freund und Schützer des Sultans Abdul Hamid mißtrauten. Durch kurze Zeit herrschte Begeisterung für England, und Riamil Pascha, von den Jungtürken zum Großwesir erhoben, bog, seiner alten Vorliebe entsprechend, ins britische Fahrwasser ein. Das prägte sich noch schärfer aus, als Österreich-Ungarn im Oktober 1908 die Einverleibung Bosniens und der Herzegowina aussprach und die deutsche Regierung ihm dabei festen Rückhalt gewährte; die Türken grollten der einen der Mittelmächte wie der anderen. Indessen zog die Wolke bald vorüber. Die Jung-

türken überzeugten sich bald, daß England es nicht aufrichtig mit ihnen und der jungen Freiheit meine. Das zeigte sich zuerst, als Kiamil Pascha sich mit den Anhängern der alten Ordnung gegen sie verschwor, die Jungtürken ihm aber zuvorkamen und am 14. Februar 1909 seinen Sturz herbeiführten. Die Absetzung Kiamils wurde in London übel aufgenommen, noch mehr die folgenden Ereignisse. Ein zweiter, gefährlicherer Anschlag ward gegen den Parlamentarismus versucht, diesmal von Abdul Hamid selbst, der sich nur zum Scheine der neuen Ordnung anbequemte hatte. Mit Hilfe der Priesterschaft und einiger ihm ergebener Offiziere setzte er einen Staatsstreich ins Werk, der in Konstantinopel am 13. April 1909 auch gelang. Indessen erklärte sich der größere Teil der Armee für das liberale System und das Armeekorps von Saloniki, von Mahmud Schewket Pascha geführt, setzte sich gegen Stambul in Marsch. Es rückte in die Hauptstadt ein, worauf Abdul Hamid am 27. April 1909 abgesetzt und Mohammed V. auf den Thron erhoben wurde. Nun erwarteten die Jungtürken, die sich des Despoten mit Mühe erwehrt hatten, daß das freiheitsliebende England ihnen geneigt sein werde. Aber der siegreiche General Mahmud Schewket und seine Offiziere — die letzteren meistens die Schüler des Freiherrn von der Goltz — zeigten Vorliebe für Deutschland, weshalb sich das Londoner Kabinett erzürnt von der neuen Ordnung abwandte. Der türkische Liberalismus wog in den Augen der Briten federleicht, wenn seine Ketten wieder, wie Abdul Hamid, mit Deutschland anknüpften. Das Londoner Balkankomitee, das vor der türkischen Revolution der Hort der christlichen Völkerschaften gewesen war, hatte sich durch kurze Zeit mit den Jungtürken angefreundet, wurde aber jetzt ihr bitterer Feind und betrieb wie früher den Abfall der Christen. Es war klar, daß England die Türkei nur duldete, wenn sie sich zum Werkzeuge hergab. Sonst ging Großbritannien lieber dem Plane nach, sein Imperium in Asien auf Kosten der Pforte auszu dehnen. Anders die Mittelmächte, die nichts Besseres als die Festigung des osmanischen Reiches wünschten. Auch während der Britenschwärmerei der Jungtürken hatten Bülow und Marschall kurz und vornehm der Freundschaft Deutschlands für die Türkei Ausdruck gegeben. So entschlüpfte die Türkei dem englischen Einflusse, und das frühere Verhältnis zwischen Berlin und Konstantinopel stellte sich wieder her. Als auch der Streit um Bosnien durch Zahlung einer Geldsumme seitens Österreich-Ungarns gütlich beigelegt war, liefen die Dinge wieder im alten Geleise.

Als erste Frucht dieser Bemühungen ergab sich für Deutschland die Wiederaufnahme des ins Stocken geratenen Baues der Bagdadbahn (Band II, S. 136). Es gelang der Türkei, die Steuergelder aufzubringen, um die Zinsen der neuen Schuldverschreibungen zu zahlen, so daß sich, Jangarmen vergleichbar, die von Deutschland gelegten Schienenstränge über Kleinasien und bis an den Euphrat dehnten. Damit schob sich der deutsche Einfluß zwischen Ägypten und Indien ein und drang bis an den Indischen Ozean vor, an die empfindlichste Stelle des britischen Reiches. Britannien aber konnte und durfte an der Mündung des Euphrat und Tigris keine europäische Macht dulden. Daß Deutschland in Vorderasien ein Kulturwerk schuf, machte den Briten den Fall nicht willkommener.

Dieses Gliederstrecken der neuen Weltmacht war aber auch den Russen unheimlich. Sie rechneten die Gegenden am oberen Euphrat zu ihrem Einflußgebiete; sie hatten sich bisher nur von England gehemmt gesehen, mit dem sie sich aber, da Persien durch das Abkommen von Reval (Band II, S. 153ff.) gewissermaßen aufgeteilt wurde, friedlich vertrugen. Da trat Deutschland auf den Plan und heimste dank der Freundschaft der Pforte das ein, was Rußland sich nur durch einen Krieg hätte verschaffen können. Durch ein Jahrhundert hatten sich England und Rußland am Bosphorus bekämpft, jetzt waren beide zur Seite geschoben und die Deutschen waren die lachenden Erben. Man konnte diesen nicht einmal vorwerfen, daß sie zu ihrem Ziele durch Tücken und Ränke gelangt wären. Um so schlimmer: dann konnten sie auch nicht durch eben diese Mittel hinausgedrängt werden.

Hier war der Punkt, wo die Interessen der Briten und der Russen zusammenfloßen. Im Bunde mit der englischen Diplomatie arbeitete die französische und bewies der russischen Regierung, daß Konstantinopel und die Meerengen unerreichbar seien, wenn sich die Deutschen daselbst einnisteten; diese seien in ihrem Drange nach dem Osten unersättlich.

Von jetzt an rückte der Zar von Deutschland ab. Wohl trafen sich Wilhelm II. und Nikolaus II. regelmäßig und erneuerten die Versicherung alter Freundschaft, aber zwischen die zwei Kabinette trat ein Schatten. Verdüstert wurde das Verhältnis noch durch das Vorgehen Deutschlands im bosnischen Streite. Indem es sich bedingungslos neben Österreich-Ungarn stellte, drängte es die russische Regierung noch mehr an Englands Seite. Wohl ließ Bülow alle Künste seiner Diplomatie

spielen, um dem Petersburger Kabinett zu zeigen, daß er auf dessen Freundschaft hohen Wert lege, und tatsächlich hielt er selbst Iswolskij in guter Stimmung. Der Reichskanzler bot seine guten Dienste an, um dem russischen Minister aus der durch dessen eigene Schuld erwachsenen Verlegenheit herauszuhelfen. Damit hatte Bülow bis zu einem gewissen Grade Glück. Es ist unwahr, daß er Rußland durch Drohungen zum Nachgeben gezwungen habe, er zeigte Iswolskij vielmehr den Ausweg aus seinen Nöten. Tatsächlich sagte der russische Minister dem Fürsten Bülow bei dessen Rücktritt (Juli 1909) den Dank für die geleisteten Dienste (Band II, S. 283).

So verhinderte Bülows Geschicklichkeit das Schlimmste; aber augenfällig lockerte sich die alte Freundschaft der zwei Höfe, aus der der Geist wich, wenn auch die Formen die alten blieben. Die Strömung ging gegen Deutschland, während das viel ältere antienglische Grundgefühl zurücktrat.

Damit sind wir zu dem Hauptunterschiede der Politik Bismarcks und der seiner Nachfolger zurückgekehrt. Schon Caprivi schleuderte er den Vorwurf zu, unter ihm sei der Draht zu Rußland abgerissen. Bis an seinen Tod ließ er in den „Hamburger Nachrichten“ seine Warnungen erkönen, die um so berechtigter waren, je tiefer sich das Deutsche Reich in die Angelegenheiten des fernen Ostens einließ. Er hatte nichts dagegen, daß das geschah: man findet in seinen Rundgebungen nicht einmal einen Tadel der Depesche an Krüger. Er mahnte nicht von der Weltpolitik ab, wohl aber davon, auch dorthin überzugreifen, wo Deutsche und Russen zusammenstoßen mußten. In den „Gedanken und Erinnerungen“, seinem politischen Testamente, ist in eindringlichen Sätzen dargelegt, daß es Deutschland wie auch Österreich-Ungarn nicht zum Nachteil geraten würde, wenn sich Rußland in den Besitz Konstantinopels, seines „Haustorschlüssels“, setzte. Darauf wäre er gewiß noch nachdrücklicher zurückgekommen, wenn er erlebt hätte, daß sich England seinem Volke immer feindseliger entgegenwarf. Immer hatte er es abgelehnt, daß Deutschland über die Verteidigung der habsburgischen Monarchie hinausgehe und ihr auch in ihrer Balkanpolitik Beistand leiste. Die unbedingte Parteinahme für Österreich-Ungarn ist das grundsätzlich Neue in der deutschen Politik nach 1900.

Es war zuviel, was sich die deutsche Regierung auf lud, indem sie auf der einen Seite der englischen Alleinherrschaft zur See ein Ende machen

wollte und auf der anderen über Konstantinopel auf Bagdad zielte. Eines oder das andere! Deutschland war bereits mit der unversöhnlichen Feindschaft Frankreichs, mit der dumpfen Eifersucht Englands belastet und drängte jetzt auch Rußland von seinem Torwege ins warme Meer ab. Da Bismarck die Schwächen des von ihm gegründeten Reiches so gut kannte, sank er mit schwerer Sorge ins Grab. Seine Nachfolger muteten sich mehr zu, als er je unternommen hatte, und steuerten frohgemut und waghalsig in die Weltweite.

\*

### Tirpitz.

#### Schlachtflotte oder Auslandsflotte?

Verdiente Tirpitz nicht schon als überragende Persönlichkeit in den Vordergrund gerückt zu werden, so jedenfalls als Dolmetsch der Wünsche der Nation nach der seit den Tagen der Hanse verlorenen Seegeltung. Darin war er in Wort und Tat der Führer, seine Gestalt läßt sich aus der Geschichte der Größe und des Falles Deutschlands nicht hinwegdenken.

Bei der Organisation der deutschen Kriegsmarine hatte Tirpitz Vorläufer und unentbehrliche Gehilfen, auch Fachleute an seiner Seite, die auf ihrem besonderen Gebiete besser beschlagen waren als er. In einem Hauptpunkte aber, einem viel umstrittenen, gab er allein der Flottenrüstung das Gepräge, unterwarf den Kaiser, den Reichstag, die Nation seinem Willen, und das war die Entscheidung darüber, ob Deutschland mehr eine Schlacht- oder eine Auslandsflotte nottue, ob die Hochsee im Kriege besser durch ganze Geschwader der schwersten Panzerschiffe oder durch viele über den Ozean schwärmende schnelle Kreuzer behauptet werden könne.

Für England lag die Sache deshalb einfach, weil es mit allen Schiffsgattungen wohlversehen war und dank seinem Reichtum überall das Übergewicht behauptete. In den anderen Flotten jedoch wogte der Streit der Meinungen. Bei den Franzosen gewann gegen Ende des 19. Jahrhunderts „die junge Schule“ die Oberhand; man traute

den schweren Schiffen nicht viel zu und glaubte sie durch zahlreiche kleinere, schnell laufende Kreuzer ersetzen zu sollen, so daß die Schlachtflotte bis zur Übernahme des Marineministeriums durch Delcassé einschrumpfte. In den deutschen Marinekreisen standen sich die Ansichten schroff gegenüber. Selbst nachdem Tirpitz der Idee einer Schlachtflotte zum Siege verholfen hatte, hielt das Flottenkommando an dem Gegenteil fest und ließ seine Theorie in den Marineschulen vortragen, bis der Staatssekretär beim Kaiser Abhilfe durchsetzte. Wilhelm II. schwankte ursprünglich; er hätte am liebsten gleichzeitig Schlachtschiffe und Kreuzer bauen lassen; aber Tirpitz überzeugte ihn, daß, da die Geldmittel nicht reichten, ein ganzer Entschluß gefaßt werden müsse; und dabei hielt er den Kaiser auch fest. Die Gründe strömten dem Staatssekretär nur so zu; er wurde nicht müde zu wiederholen, daß, wenn sich in Kriegen die in die Welt hinausgesandten Kreuzer noch so heldenhaft schlugen, einer nach dem anderen von dem überlegenen Feinde abgetan werden würde. Ohne eine starke Hochseeflotte müsse Deutschland notwendigerweise unterliegen; wenn diese dagegen bereit stünde, wäre die Annäherung des Feindes an einen Punkt der deutschen Küste unmöglich; auch dieser würde seine Kräfte zusammenhalten müssen. In einer Seeschlacht könne man zu siegen hoffen; und unterläge man auch, so erführe der Feind doch solche Verluste, daß ihm die Wiederkehr verleidet wäre. Ohne Hochseeflotte wären die auf andere Waffen verwendeten Opfer vergebens gebracht. Anders stünde es, wenn Deutschland in fernen Meeren gleich Britannien feste Stützpunkte besäße, wo die Kreuzer Dock- zur Ausbesserung, Kohle zum Einnehmen fänden; es fehle aber außer in Kiautschou an einem solchen Rückhalt, und selbst dieses sei nur gegen die See zu befestigt und wäre gegen einen Angriff vom Lande her nicht zu halten. Deshalb legte Tirpitz auch auf die Umwandlung von Handelsschiffen und Personendampfern zu Rapern nicht entscheidenden Wert; auch sie würden — meinte er — wie die Kreuzer bald vom Geschehe ereilt werden. Der Verlauf des Weltkrieges, so setzte Tirpitz später auseinander, hätte ihm recht gegeben; denn Schiffe wie die „Emden“ und die „Karlsruhe“ seien nach herrlichem Kampfe doch verlorengegangen, während sich die Schlachtflotte bei dem Zusammenstoße im Skagerrak 1916 ruhmvoll behauptete.

Wiewohl nun Tirpitz durchdrang, verstummte in der Marine der Widerspruch nie ganz. Vizeadmiral Galster veröffentlichte 1904 unter

dem Titel: „Welche Seerüstung braucht Deutschland?“ eine Schrift, in der er einräumte, schwere Schiffe seien als Rückhalt unerlässlich, jedoch darauf bestand, eine Auslandsflotte sei notwendiger. Es wäre besser, die vorhandenen Mittel zum größeren Teile für den Kreuzer-  
krieg auf dem Weltmeere, für den Kleinkrieg in der Nord- und Ostsee, endlich für die Befestigung der Küsten zu verwenden. Galster verlangte also Kreuzer mit großer Fahrtgeschwindigkeit, daneben viele Torpedoschiffe und besonders auch Unterseeboote, die letzteren, „nachdem ein brauchbarer Typ gefunden worden sei“, woran es damals noch fehlte.

Die Gründe und Gegen Gründe sind im zweiten Teile des Weltkrieges und später ins Unendliche ausgesponnen worden. In einer derart strittigen Frage, in der die Fachleute unter sich nicht einig sind, wird sich die geschichtliche Betrachtung eines Urteils nicht unterwinden; es ist fruchtbarer, sich in die Gedankengänge der handelnden Männer zu versehen als sie zu meistern.

Es ist kindisch, zu behaupten, der Irrtum Tirpitz' sei mit Händen zu greifen, denn Deutschland hätte trotz seiner Schlachtflotte den Krieg verloren. Auf derselben Höhe stünde die weise Lehre, das Reich hätte sich, wie der Ausgang beweise, das Gießen von Kanonen ersparen können. Die aus der Schlachtflotte gezogenen Vorteile waren im Weltkriege zahlreich; da sie auf der Wacht stand, konnte der Feind keine Unternehmung gegen die deutsche Küste wagen; kein deutscher Hafen wurde beschossen; die Schifffahrt und der Fischfang auf der Ostsee nahmen mit geringen Unterbrechungen ihren Fortgang. Und weiter: da die britische Flotte in der Nordsee festgebannt blieb, waren zu wenig Schiffe für die Eroberung Konstantinopels zur Hand, so daß der Bosphorus 1915 siegreich verteidigt werden konnte; nur dadurch war der Türkei der Kampf ums Dasein möglich. Auch ist es unmöglich zu beweisen, daß Deutschland mit einer größeren Anzahl von Kreuzern bei einer gleichzeitig geringeren Schlachtflotte erfolgreicher gewesen wäre; Tirpitz wußte so gut wie einer, daß die schnelleren Kreuzer leisten können, was den schwer bestückten und schwer gepanzerten Schlachtschiffen unmöglich ist. Da er aber weder über die Mittel noch auch anfangs über die entsprechende Anzahl von Werften verfügte, um allen Ansprüchen zu genügen, so hielt er die Kräfte für sein Hochziel zusammen. Es ist wohl einseitig gewesen, daß er die Vorbereitungen für einen Kreuzer- und Raperkrieg hintansetzte, und darauf wie auf die anfänglich geringe



Wertung der Unterseeboote richteten sich die Angriffe seiner Gegner; aber in der Geschlossenheit seines Wesens liegt das Imponierende, um so mehr, als er die Dinge ebenso durchdachte, als er sie kraftvoll ins Werk setzte. Er ließ es also darauf ankommen, daß Deutschland in den Weltkrieg mit bloß 13 großen Kreuzern gegen 43 englische eintrat, während es mit 37 gegen 60 britische Schlachtschiffe immerhin noch die See halten konnte. Dafür waren die deutschen Großkampfschiffe beider Typen so vollkommen ausgerüstet, daß selbst die britischen an Panzerung und in der Sprengwirkung der Granaten ihnen nachstanden. In dem Feuergefecht am Skagerrak wurden zwei englische Panzerkreuzer durch deutsche Panzergranaten vernichtet und versenkt, während kein einziges deutsches gleichartiges Schiff, wenn auch getroffen, unterging. Der Kreuzer „Lüchow“ sank erst auf der Rückfahrt. Dies rührte daher, daß Tirpitz auf die Sinksicherheit der Panzer den größten Wert legte, nach dem Grundsatz, daß ein Schiff zuerst schwimmen muß, um überhaupt schlagen und siegen zu können. Das wurde durch die höchste Sorgfalt in der Verteilung der Hohlräume in den Unterwasserteilen der Panzer erreicht, so daß, wenn auch eine Mine oder ein Torpedo hineinfuhr, der Schaden nicht so bald tödlich war. Erstausnehmlich, was die deutschen Schiffe aushielten. Bei dem Vorstoße auf Imbros erhielt „Goeben“ drei schwere Minentreffer, konnte aber trotzdem aus eigener Kraft in den Bosphorus zurückkehren, während ein modernes Linienschiff, der „Audacious“, nach einem einzigen in der irischen See erhaltenen Minentreffer auf den Grund sank<sup>1)</sup>.

Übrigens kam es nicht zur entscheidenden Probe auf den inneren Wert der zwei Schlachtfлотten. Denn als Tirpitz den Oberbefehl erbat,

<sup>1)</sup> Tirpitz, „Erinnerungen“, S. 114 und Hassel, „Alfred von Tirpitz“, S. 178. — In der Schmähchrift des ehemaligen Flottenoffiziers L. Persius („Die Tirpitzlegende“ in „Der Tag des Deutschen“, 1918) ist diese für die deutsche Schiffsbautechnik rühmliche Tatsache übergangen. Auch viele andere Stellen dieser Schrift sind eine gehässige Herabsetzung der Leistungen der deutschen Flotte, wenn auch Admiral Scheer und andere, um Tirpitz in noch schwärzerem Lichte erscheinen zu lassen, die geziemende Anerkennung finden. Derselbe Persius hatte Tirpitz bei dessen Scheiden aus dem Amte viel Lob gezollt; jetzt hat er die Stirne, in seiner Schrift zu behaupten, er habe das nur ironisch gemeint. Übrigens wirft Karl von Müller, der heldenmütige Kapitän der „Emden“, Persius vor, er habe in bezug auf dieses Schiff eine „bewußt unrichtige Angabe“ gemacht. (Der Aufsatz Müllers war im November 1918 in Berliner Blättern abgedruckt.) Als ehemaliger Seeoffizier hatte Persius in der Flotte viele Verbindungen und gelangte in Kenntnis mancher Tatsachen, die er aber im „Berliner Tageblatt“ und auch sonst gehässig gegen Tirpitz verwertete.

um die Schlacht zu wagen, schlug der Kaiser es ihm rundweg ab. Noch wogt der Streit, ob sein Rat gut war oder zum Verderben geführt hätte. Für den Kaiser sprach, daß er das kostbare Kriegswerkzeug nicht sofort einem vernichtenden Schlage aussetzen, es für bessere Möglichkeiten aufsparen wollte. Es läßt sich, wiewohl die Deutschen sich in der Stagerrakschlacht über alle Erwartung gut hielten, doch nicht sagen, welchen Ausgang die Schlacht gehabt hätte, wenn sie nicht abgebrochen, sondern durchgeschlagen worden wäre. Indessen hatte Tirpitz die Logik für sich. Da der Kaiser, der anfangs unentschieden war, dem Flottenplane des Großadmirals zugestimmt hatte, so mußte er auch folgerichtig nach dessen Schlachtidee handeln. Ausschließlich zu diesem Zwecke war seit 1900 gebaut und geprobt worden; damit stand im Widerspruch, wenn man die Flotte hinter Minen und Küstengeschützen in Sicherheit brachte. Dann wäre es von vornherein besser gewesen, sich auf die Verteidigung und den Küstenkrieg einzurichten. Daß Seehelden wie Nelson, Tegetthoff und Togo sich in ähnlichem Falle auf Tod und Leben zum Kampfe gestellt hätten, läßt sich kaum bezweifeln; der englische Admiral Jellicoe hat es unbegreiflich gefunden, daß die Deutschen nicht bald eine Seeschlacht anboten. Tirpitz war bereit, seinen Namen, seine Ehre an eine solche Tat zu setzen, was seiner wie aus einem Gusse geformten Gestalt auch entsprach.

\*

### Tirpitz als Politiker

Vor dem Erscheinen seiner „Erinnerungen“ war Tirpitz als Politiker den ihm Fernstehenden nur obenhin bekannt. Gegner Englands, hielt er doch mit dieser Anschauung möglichst zurück und sprach im Reichstage und auch sonst öffentlich immer wie ein Mann, der einem Ausgleiche mit Britannien geneigt wäre; auch nicht ein Wort von ihm machte die Runde, daß wie die Reden der englischen Marineminister Mac Kenna und Churchill oder gar wie die Kriegstreibereien Lord Roberts in Europa Unruhe verbreiten konnte. Seine Selbstbeherrschung war so vollkommen, daß, als er 1918 in den Feldzug für die Vaterlandspartei und zur unerbittlichen Bekämpfung Englands eintrat, einer seiner Gegner, der fortschrittliche Abgeordnete Müller-Meinigen, im Mai

1918 ein Flugblatt veröffentlichte, in welchem ihm aus seinen 1913 und 1914 gehaltenen Reden vorgehalten wurde, er sei vor dem Kriege doch auch für eine Verständigung mit England gewesen und hätte deshalb in ein festes Verhältnis der Flottenbauten von 1:1,6 gewilligt. Es sei also eine „Fälschung der Geschichte“, wenn Tirpitz und seine Freunde sich jetzt den Anschein gäben, immer grundsätzliche Gegner Bethmann Hollwegs gewesen zu sein; er, Müller-Meinungen, müsse dieser Legendensbildung entgegentreten<sup>1)</sup>. Nun, Tirpitz war nicht so naiv, den Hannibalschwur gegen England, dem er die Alleinherrschaft zur See entreißen wollte, vor aller Welt abzulegen.

Noch mehr: Tirpitz war von jeher der geräuschvollen Einmischung in die Welthandel abhold, die unter Wilhelm II. dem Deutschen Reiche wachsende Feindschaft zuzog. Zur Zeit der Kaiserdepesche an Krüger war er noch nicht Minister; damals tadelte er in einem Briefe an General Stosch vom 13. Februar 1896 die überflüssige Kundgebung, die um so böser wirken werde, wenn das Reich, wie es jetzt scheine, zum Bau einer Schlachtflotte schreiten und damit England unbequem werden wolle<sup>2)</sup>. Ebenso verkehrt schien ihm das Machtwort gegen Japan 1895, durch welches ihm die Früchte seines Sieges über China entwunden wurden; ähnlich urteilte er über das Erscheinen eines deutschen Geschwaders vor Manila 1898, als die nordamerikanische Flotte die Philippinen den Spaniern entriß. Er kannte die Seelenverfassung des englischen Volkes aus seinen Studien und Reisen und wußte, daß das unruhige Gebaren Deutschlands den Verdacht ehrgeiziger Pläne erweckte, was um so schlimmer war, als Deutschland sie nicht einmal hegte. Selbst bei ernstest Anlässen, so als die chinesischen Boyer durch Ermordung des deutschen Gesandten das Eingreifen notwendig machten, sprach er sich dem Kaiser gegenüber gegen die Entsendung einer stärkeren Truppenmacht aus. Daß er 1911 bei der Absendung des „Panther“ nach Agadir nicht gefragt wurde, ist bereits erwähnt worden. „Richtiger wäre es gewesen,“ so sagt er in seinen Erinnerungen, „in der Stille zu wachsen und weitere Macht anzusammeln; denn wir standen 1914 nahe vor dem Ziel, daß das bloße Vorhandensein unserer Macht genügte, den Frieden ohne Nervosität zu bewahren“<sup>3)</sup>. Er verwarf also das stete

<sup>1)</sup> „Großadmiral von Tirpitz als Staatsmann“ von Dr. Müller-Meinungen, Berlin, im Mai 1918 (Flugblatt der „Deutschen Korrespondenz“).

<sup>2)</sup> Haffel, „Alfred von Tirpitz“, S. 107.

<sup>3)</sup> L. c. S. 164.

Pochen auf die militärische Kraft der Nation und tadelte es bitter, daß Deutschland unausgeseht „Hans Dampf in allen Gassen“ spielte. Immer besorgte er, das Reich werde noch vor dem Fertigstellen seiner Flotte in den gefährlichen Kampf gezogen werden. Die von ihm befürwortete kluge Zurückhaltung war der Schleier, hinter dem sich weltumspannende Pläne bargen. Darin war er so unbeirrbar und schroff wie in den Grundsätzen seiner Schiffsbaupolitik; hingen doch die einen mit den anderen eng zusammen. Als ehrgeiziger Seemann würde er auch ohne die Gegnerschaft zu England einer mächtigen Marine das Wort geredet haben; diese Notwendigkeit stand ihm fest.

Solange Britannien, darin liegt der Kern seiner Weltpolitik, über die Seeherrschaft verfüge, lebe der aufblühende Seehandel Deutschlands nur von dessen Gnade. Ein einziger Schlag, und seine Handelsschiffe seien weggefegt. Der aber wäre zu befürchten, denn Handelseifersucht sei die Haupttriebfeder der Politik Englands, während sich dieses in den letzten Jahren vor dem Weltkriege den Bau der deutschen Flotte wohl oder übel gefallen ließ. Sei einer großen Nation ein derartiges parasitisches Dasein ihres Handels würdig? Erst wenn Deutschland über eine mächtige Schlachtflotte verfüge, lebe es aus eigener Kraft, erst dann werde es von den Briten als gleichberechtigt angesehen werden. Jetzt sei es bei der Erwerbung nicht bloß von Kolonien, sondern auch eines einfachen Kohlenhafens von der Gnade Englands abhängig. Auch werde für die großen Mächte ein Bündnis mit Deutschland erst wünschenswert sein, wenn es als Angebinde eine starke Kriegsflotte mitbringe. Denn welche Dienste konnte es sonst gegen Britannien leisten? An vielen Stellen seiner Erinnerungen ist dieser mit der Flotte fallende und steigende Bündniswert Deutschlands der Angelpunkt des Gedankenganges des Großadmirals.

Das Wesentliche dieses Ideenganges entwickelte Tirpitz 1897 dem Fürsten Bismarck bei seinem Besuche in Friedrichsruh, als er um dessen Beistand für den Flottenbau warb. Der Altreichskanzler erwiderte ihm (Bd. II, S. 106), für die Vergrößerung der Marine müsse er nicht erst gewonnen werden; die scheine auch ihm notwendig; aber, so fügt Tirpitz offenherzig hinzu, von seinen politischen Beweisgründen wandte sich Bismarck fast zornig ab.

Kein Wunder; denn die ganze Denfrichtung des Gründers des Deutschen Reiches sträubte sich gegen ein Theoretisieren, das mit der Wirklichkeit nur lose zusammenhing. Selbst wenn die Sätze jenes

Programms im einzelnen richtig gewesen wären, was bei vielen zweifelhaft ist, so war mit ihnen für die praktische Politik nicht viel anzufangen. Um nur einiges hervorzuheben: tatsächlich blühte der deutsche Außenhandel neben dem Hollands, Norwegens und der anderen Seevölker auch so empor; tatsächlich schuf Bismarck ein bis dahin unvergleichlich ausgedehntes Bündnis auch ohne eine deutsche Kriegsflotte; und vielleicht hätte sich Tirpitz, als er 1919 sein Buch veröffentlichte, sagen sollen, daß je stattlicher die Marine emporwuchs, es um Deutschland in der Welt immer einsamer wurde. Das Reich gewann durch seine Seegeltung auch nicht einen einzigen Freund. Begreiflich genug, daß Bismarck dem jungen Marineminister den Rat auf den Weg gab, mit seinen Perspektiven sparsam zu sein:

Kurz zusammengefaßt, gingen die Ansichten des Großadmirals dahin, daß Deutschland stille halten müsse, solange es noch ungenügend gerüstet war; dann sollte es von England machtvoll Gleichberechtigung fordern. Man erfährt aber nicht, was das Reich dann eigentlich anzustreben gehabt hätte. Etwa Kolonien? Oder die Mündungen des Rheins und der Schelde? Das letztere stellt Tirpitz in Abrede und betont, daß die militärische Verfügung über die flandrische Küste — nicht etwa die Einverleibung Belgiens — sich erst im Weltkriege als Notwendigkeit aufgedrängt hätte. Das Zukunftsideal Tirpitz' liegt also im Dunkel, während Bismarcks Absehen immer auf bestimmte Ziele gerichtet war.

In bezug auf Rußland dachten die Männer der zwei aufeinanderfolgenden Geschlechter gleich. Die Freundschaft mit dem östlichen Nachbar hielten sie für höchst wertvoll, wenn auch aus verschiedenen Gründen, Bismarck zur Deckung gegen Frankreich, Tirpitz mehr gegen England. Während des Weltkrieges hat der Großadmiral für einen Vergleich mit Rußland gearbeitet und ginge es auch über den Leib Polens. Man sieht aber nicht, daß er vor dem Kriege vorgeschlagen hat, für ein Bündnis mit Rußland Opfer zu bringen. Wohl tadelt er in seinen Erinnerungen (Seite 142), daß Deutschland den Zusammenstoß Rußlands und Englands verhindert habe, indem es sich auf der Linie Berlin—Konstantinopel—Bagdad aufs unglücklichste zwischen sie klemmte. Es liegt aber kein Zeugnis dafür vor, daß er schon vorher den Verzicht auf Vorderasien nachdrücklich verfocht. Ist es doch geschehen? Das hätte er folgerichtig tun müssen, wie Bismarck immer die Preisgebung der Türkei anriet, um Rußland bei guter Laune zu erhalten. In den

Jahren 1904 und 1905 stand Deutschland nicht fern von einem Bündnisse mit dem Zarenreiche, Tirpitz aber stimmte nach seinen eigenen Berichten dagegen; Rußland stehe unter dem Drucke Japans und könne daher dem Deutschen Reiche keine nennenswerte Hilfe leisten. Wohl wird der Leser in den Abschnitten der Erinnerungen über die äußere Politik mit einer Fülle von Gesichtspunkten vertraut gemacht, die aber wesentlich nur den Verhältnissen zur Zeit des Weltkrieges angepaßt sind; für die vorhergehende Epoche vermißt man das zielbewußte Wollen eines Staatsmannes, der fähig gewesen wäre, in jedem Augenblicke die Zügel zu ergreifen. Das war übrigens nicht der Ehrgeiz Tirpitz', der erst während des Krieges nach der Reichskanzlerschaft strebte, um dem Schwanken ein Ende zu machen und alle Kraft gegen das verhaßte England in Bewegung zu setzen. Vordem hielt er sich von der äußeren Politik zurück, soweit nicht die Flotte in Betracht kam, der Herz, Geist und Tatkraft des großen Organisations gehörten.

\*

### R ü c k t r i t t B ü l o w s

Die auswärtigen Dinge wandten sich in den letzten zwei Jahren der Kanzlerschaft Bülow's zum Besseren. Dennoch neigte sich sein Stern zum Niedergange. Denn Wilhelm II. war unzufrieden, seitdem die im „Daily Telegraph“ veröffentlichten Kaiserworte im Reichstage zu lebhaften Anklagen gegen den Herrscher geführt hatten, ohne daß Bülow dem wehren konnte. Der Kaiser sagte sich mit Recht, daß er keine Schuld trug, wenn seine Äußerungen der Öffentlichkeit übergeben worden waren. Denn er hatte das Zwiegespräch vor dem Drucke dem Reichskanzler zur Begutachtung übersendet. Bülow, damals zur Erholung in Norderney weilend, ließ die Vorlage nicht, ebensowenig der bei ihm zum Dienste weilende Gesandte Müller, der im Haag beglaubigt war<sup>1)</sup>. Das

<sup>1)</sup> Der damalige Staatssekretär Freiherr v. Schoen erzählt in seinen Erinnerungen „Erlebtes“, 1921, S. 96, er habe auf das ihm von der Presseleitung übersandte Manuskript ein deutliches „Nein“ geschrieben und dadurch die Veröffentlichung untersagt. Der Artikel war aber unterdes in Berlin bekanntgeworden und seine Verbreitung nicht mehr zu verhindern.

Schriftstück wurde vielmehr aus Auswärtige Amt nach Berlin geschickt und der mit der Berichterstattung beauftragte vortragende Rat fand seltsamerweise, die Drucklegung sei unbedenklich<sup>1)</sup>. Als dann der Sturm losbrach, bekannte sich Bülow beim Kaiser des Versäumnisses schuldig und bot seine Entlassung an. Der Rücktritt wurde nicht angenommen, der Kanzler hatte also vor dem Reichstage die Verteidigung des Kaisers zu führen. Die Redner aller Parteien fanden das wiederholte Hervortreten des Herrschers bedenklich. Bülow erwiderte würdig, begann mit einer Anklage gegen sich selbst und fand eindrucksvolle Worte, um die edlen Beweggründe des Kaisers bei seinen Friedensangeboten an England ins Licht zu setzen. Am Tage darauf, am 11. November 1908, wiederholten und verschärften sich die Vorwürfe, die in dem einmütigen Wunsche aller Parteien gipfelten, der Kaiser möge sich bei seinen für die Öffentlichkeit bestimmten Worten größere Zurückhaltung auferlegen. Dies sicherte Kaiser Wilhelm dem Kanzler auch zu, wovon die Nation sofort verständigt wurde. Indessen scheint es der Monarch übel vermerkt zu haben, daß Bülow am zweiten Tage der Debatte nicht wieder für ihn das Wort ergriff, sowie daß er bei ihm Fürsprecher des Wunsches des Reichstages gewesen war. Seitdem wollte sich sein früheres Vertrauen zu dem Kanzler nicht mehr völlig einstellen.

Darunter litt auch der Einfluß Bülows im Reichstage. Nach dem für die Regierung günstigen Ausfalle der Wahlen von 1907 stützte sie sich auf eine aus Konservativen, Nationalliberalen und Freisinnigen bestehende Mehrheit. Indessen rückten die Konservativen vom Kanzler ab, sowohl dem Kaiser zu Gefallen, als auch weil ihnen in Gesellschaft der Linksliberalen nicht wohl zumute war und sie sich mehr zu den Klerikalen hingezogen fühlten. Gelegentlich der Finanzreform kam es zum Bruche. Neue Steuern mußten auferlegt werden und die Regierung verlangte, da sie nicht bloß die indirekten Abgaben erhöhen wollte, auch die nachdrückliche Besteuerung der Erbschaften. Dieselben Gegensätze zeigten sich wie gleichzeitig in England, denn auch die deutschen Konservativen, die Vertreter des Grundbesitzes, wollten das Erbteil der Gattin und der Kinder nicht zu stark belasten. Doch war der Ausgang verschieden, denn in Deutschland blieben die Konservativen, verbündet mit den Klerikalen, Sieger und die neue Mehrheit lehnte die

<sup>1)</sup> Nach Schoen („Erlebtes“, 1921, S. 97) hatte man im Auswärtigen Amte nur untersucht, ob die sachlichen Angaben den wirklichen Vorgängen entsprachen.

Erbanfallsteuer ab. Der Reichskanzler hatte vom ersten Tage an erklärt, er stehe und falle mit der vorgeschlagenen Reform. Mit 194 gegen 186 Stimmen geschlagen, reichte er seine Entlassung ein, die ihm am 14. Juli 1909 gewährt wurde. Eine Wendung eigener Art: kurz vorher hatte Bülow mit dem Reichstage zusammengewirkt, um den Kaiser zu größerer Vorsicht zu bestimmen, jetzt wurde er von der Parlamentsmehrheit, besser gesagt, vom preußischen Adel, im Stiche gelassen. Ein deutscher Kanzler konnte sich gegen das Ubelwollen der Junker immer noch behaupten, wenn er das Vertrauen des Kaisers besaß. Versagte sich ihm aber die eine wie die andere Stütze, so wankte sein Regiment.

\*

## R u s s i s c h - d e u t s c h e U n n ä h e r u n g

Auch nach dem Rücktritte des Fürsten von Bülow blieben die Beziehungen der Kabinette von Berlin und Petersburg freundschaftlich. Die schonende Behandlung Rußlands durch die deutsche Regierung lohnte sich, besonders daß der Kanzler dem russischen Außenminister Iswolskij einen Ausweg aus der Verlegenheit eröffnet hatte, in die er durch die bosnische Angelegenheit geraten war.

Dagegen blieben sich die Kabinette von Wien und Petersburg dauernd entfremdet. Daran änderte sich nicht viel, als Iswolskij am 28. September 1910 vom Amte zurücktrat. Nach seinem kläglichen Spiel war der Abgang unvermeidlich und nur hinausgeschoben worden, um dem Wiener Kabinett nach der Demütigung Serbiens nicht auch noch diesen Triumph zu bereiten. Vom Hohne der öffentlichen Meinung seines Landes begleitet, trat Iswolskij das Amt eines Botschafters in Paris an. Zunächst bekam er auch von der französischen Presse öfters Spott zu hören, der aber dank den ihm zur Verfügung stehenden großen Geldsummen bald der Schmeichelei wich. In der europäischen Politik wurde er jedoch erst wieder eine wichtige Figur, als Poincaré 1912 ins Ministerium und ein Jahr darauf an die Spitze der französischen Republik trat. Iswolskij brachte nach Paris unverföhnlichen Haß gegen Aehrenthal bis über dessen Grab hinaus mit, blieb immer ein Feind



Österreich-Ungarns und mischte das Gift, das den Völkern Europas im August 1914 gereicht wurde. Es ist wohlverbürgt, daß Jaurès, als er ihn einige Tage vor seiner Ermordung zufällig zu Gesicht bekam, zu einem Freunde sagte, dort stehe der Schurke, der den Krieg auf dem Gewissen habe.

Sazonow, der neue Minister des Aujeren, war schon seit Juni 1909 der Gehilfe Iswoltskijs gewesen. Zunächst blieb in Petersburg alles im alten Gleise: engste Verbindung mit Frankreich, Groll gegen Österreich-Ungarn, neben der Freundschaft mit England, doch auch fallweise Einvernehmen mit der Regierung des Deutschen Reiches. Die Weltlage brachte es mit sich, daß zuvörderst zwischen Petersburg und Berlin sogar eine Annäherung stattfand. 1910 verschärfte sich nämlich die nie ganz geschwundene russisch-englische Nebenbuhlerschaft und so machte sich die alte Regel geltend: so oft Rußland in Mittel- und Ostasien beschäftigt ist, kommt Mitteleuropa zur Ruhe. China und Persien waren die Gebiete, auf welche die Aufmerksamkeit und der Ehrgeiz Rußlands abgelenkt wurden.

In China ballten sich Wolken zusammen, die sich jedoch nur im Innern des Reiches entluden. Im Jahre 1910 bemächtigte sich der Nation solche Erregung, daß die Regierung, um die Geister zu beruhigen, am 4. September die Berufung eines Parlaments, wenn auch erst für einen späteren Zeitpunkt, in Aussicht stellte. Doch vergebens; im September 1911 brach die Revolution aus, die im Februar 1912 zur Errichtung der Republik führte. Mit Spannung fragte man sich in Europa, besonders in Petersburg, ob die Erhebung die von den chinesischen Patrioten ersehnte Verjüngung des Reiches bringen werde. Denn dann würde China die Gebiete zurückfordern, die ihm von den fremden Nationen entrisen worden waren. Ein Vorstoß wäre zunächst gegen die Mandschurei zu erfolgen, wo sich Russen und Japaner gerade häuslich einrichteten. Die Sorge dieser zwei Nachbarn wurde durch die Haltung der nordamerikanischen Union erhöht, welche sich dem chinesischen Reiche dienstfreundlich näherte. Der amerikanische Staatssekretär Knox machte im Januar 1910 den beteiligten Großmächten den Vorschlag, die Eisenbahnen in der Mandschurei neutral zu erklären. Dadurch wäre aber das russisch-japanische Übergewicht in diesem Lande beseitigt worden. Die Einmischung der Union hatte zur Folge, daß sich die Kabinette von Petersburg und Tokio gegen Nordamerika und China zusammenfanden und am 3. Juli 1910 ein folgenreiches Abkommen schlossen,

durch daß sie sich ihren Besitzstand in der Mandschurei verbürgten. Brachte diese Vereinbarung ihnen schon für die Gegenwart greifbare Vorteile, so war sie zugleich eine wechselseitige Versicherung gegen Unfälle, die sich für die zwei Reiche aus der drohenden chinesischen Revolution ergeben konnten<sup>1)</sup>.

Nähere und dringendere Sorgen stellten sich für das Zarenreich durch den Gang der Dinge in Persien ein. Dieses unglückliche Land war der Spielball fremder Ränke, besonders seitdem am 31. August 1907 im Petersburger Vertrage ausgemacht worden war, daß der Norden in den Machtbereich Rußlands, der Süden in den Englands fallen solle, während die Mitte als neutrales Gebiet anerkannt wurde. Demgemäß besetzten die Russen unter dem Vorwande, daß ihr Handel durch den persischen Bürgerkrieg gestört werde, die Provinz Aserbeidschan, und breiteten sich dann weiter im Norden Persiens aus. Dies geschah, während sich die persische Patriotenpartei zum Schutze der neu gewährten Verfassung gegen den tyrannischen Schah Mohamed Ali erhob. Zuletzt siegten die Anhänger der Verfassung, der Schah wurde im Juli 1909 vertrieben und sein elfjähriger Sohn auf den Thron gesetzt. Die Regentschaft gab sich redliche Mühe, in dem zerrütteten Staate Ordnung und Freiheit zu begründen. Da aber die Patriotenpartei, die Fedai's, das Land dem fremden Einflusse entziehen wollte, wurden die Bestrebungen von Rußland wie von England mißmutig verfolgt. Während der bürgerlichen Streitigkeiten wurde der Handel Südpersiens mehrfach gestört, so daß England Anlaß fand, sich in diesem Lande festzusetzen; es landete Truppen in Buschir, besetzte Schiras und bedrohte Ispahan. In Petersburg behauptete man, daß England dadurch den Vertrag von Petersburg verleze, und die gesamte russische Presse wettete mit Erlaubnis der Regierung gegen die Unerfättlichkeit Albions. Es zeigte sich, daß die englisch-russische Freundschaft noch lange nicht festgenietet war; die russische Regierung hielt es daher für vorteilhaft, an Deutschland Anlehnung zu suchen. Vielleicht konnte mit Berlin ein besseres Geschäft gemacht werden. So bewegte sich die russische Politik unter der Leitung Sazonows ebenso im Zickzack wie unter Iswolskij. Je nachdem die Partei des Großfürsten Nikolaus Nikolajewitsch Einfluß gewann oder Ministerpräsident Stolypin durchdrang, überwog die deutschfeindliche oder die deutschfreundliche Strömung.

<sup>1)</sup> Vgl. Siebert, l. c. S. 263 ff., woselbst S. 264f. die Projekte des öffentlichen und des geheimen Abkommens abgedruckt sind.

Gern schlug die deutsche Regierung in die dargebotene Hand ein. Der neue Reichskanzler, Theobald von Bethmann Hollweg, war dazu ebenso bereit wie Staatssekretär Riederlen-Wächter, dem der Kanzler, der aus der inneren Verwaltung hervorgegangen war, die Leitung der äußeren Politik vertrauensvoll überließ. Am 4. und 5. November 1910 waren der Zar und Sasonow in Potsdam zu Gäste und hier kam ein Abkommen zustande, mit dem sich ein neues Weltverhältnis zu bilden schien. Freilich verschoben sich die Kulissen in Petersburg so rasch, daß die angenehme Aussicht bald darauf wieder völlig schwand.

Aber das Ergebnis der Potsdamer Zusammenkunft machte der Kanzler am 10. Dezember 1910 dem Reichstage eine vielversprechende Eröffnung. Darnach hatte man sich sowohl über Persien wie über den Balkan geeinigt. Das Abkommen über die Balkanhalbinsel wird uns noch beschäftigen, gelegentlich des Wortbruchs, den sich Rußland 1912 zuschulden kommen ließ; jetzt sei nur erwähnt, daß zu Potsdam die Erhaltung des Status quo im Südosten Europas verabredet wurde. In bezug auf Persien war die Einigung etwas dauerhafter, der Faden wurde von den Regierungen auch weiter gesponnen und am 19. August 1911 zu Petersburg ein in seiner Art merkwürdiger Vertrag geschlossen. Darin ward den Russen in Nordpersien völlig freie Hand gelassen, so zwar, daß Deutschland daselbst auf den Erwerb von Eisenbahnen und Bergwerken verzichtete. Als Entgelt erhielt Deutschland das wertvolle Zugeständnis, Rußland werde dem Ausbaue der Bagdadbahn kein Hindernis in den Weg legen, vielmehr den Anschluß dieser Bahn an das nordpersische Netz fördern. Dem Berliner Kabinett war das Einvernehmen um so willkommener, als es in die böseste Zeit des neuerwachten Marokkostreites fiel.

\*

### Die Bagdadbahn. Riederlen-Wächter

Die Bagdadbahn war durch Jahre ein Sorgenkind Deutschlands gewesen, da, wie wir wissen, der Bau 1904 ins Stocken geriet. Damals war die Linie erst 200 km weit geführt, von Konia bis Bulgurlu. Der Name Bagdadbahn war also zunächst nur eine Anweisung auf die Zukunft ohne Angabe des Zeitpunktes.

Das Kapital zum Weiterbaue konnte erst dann herbeigeschafft werden, als die Türkei das Pfand zu liefern vermochte, welches die pünktliche Zahlung der Zinsen verbürgte (Band II, Seite 135 f.). Im Jahre 1910 wurde dann der zweite Teil der Bagdadbahn-Anleihe in Deutschland und den befreundeten Staaten untergebracht. Der wiederaufgenommene Bau machte aber bei den großen technischen und klimatischen Schwierigkeiten nur mühsam Fortschritte. England wünschte, daß die Linie das Mittelländische Meer bei Alexandrette treffe und dann erst ostwärts ausbiege. Vom türkischen Standpunkte aus wäre es jedoch verkehrt gewesen, den Schienenstrang den Geschossen der englischen Kriegsschiffe auszusetzen; es wurde somit der Beschluß gefaßt, die Bahn mehr landeinwärts über Adana zu führen. Zwischen Deutschland und Frankreich kam es zu einem Vertrage, nach welchem die Ottomanbank sich von dem Bau der Bagdadbahn zurückzog und ihren Aktienbesitz an die Deutsche Bank abtrat, wogegen diese auf gewisse Eisenbahnkonzessionen am Schwarzen Meere und in Syrien verzichtete. Dadurch kamen die Deutschen finanziell in den vollen Besitz des Hauptunternehmens. Zu Beginn des Weltkrieges war etwa die Hälfte der Riesenstrecke Konja—Bagdad—Basra ausgeführt, wodurch die Verteidigung Syriens und Mesopotamiens erleichtert war. Bei der Wiederaufnahme des Baues brachte der Londoner „Punch“ ein Scherzbild: Kaiser Wilhelm sitzt als neuer Harun al Raschid mit Turban und Tschibuk auf einer nach Bagdad fahrenden Lokomotive, hinter ihm Riederlen-Wächter als Maschinenmeister. Denkwürdiger als das Bild selbst ist, daß es vom Kaiser seinem Staatssekretär mit der Inschrift gesendet wurde: „Herzlichen Glückwunsch zur Erledigung der Bagdadbahn im März 1911“.

Die dem Staatssekretär gezollte Anerkennung war wohlverdient. Der Schwabe Riederlen-Wächter, hochstämmig und breitschultrig, bot bis in seine letzten Lebensjahre das Bild der Kraft. Im Gespräche gefiel er sich in Offenheit und selbst in Derbheit, doch blühte ein Humor durch, der die Töne vom Sarkastischen bis zum Gemütlichen in sich schloß. Hinter diesem Sichgehenlassen stak aber ein gutes Stück Verschlagenheit. In einer französischen Revue war eine Charakteristik Riederlens zu lesen, in der es hieß: „Dieser in Bismarcks Art muntere Deutsche ist scheinbar gutmütig und ein vortrefflicher Gesellschafter, großer Biertrinker, voll lustiger Anekdoten, und dabei im Grunde der listigste und geschickteste Gebatter.“ Immer spürte man bei ihm den Erdgeruch süddeutscher

Muttererde, über den der dünne Firnis des Diplomaten gebreitet war. Unter Bismarck kam er empor, Caprivi und Marschall schenkten ihm ihr Vertrauen, er kam in die Umgebung des Kaisers, dem er auf dessen Reisen als Vertreter des Auswärtigen Amtes beigegeben wurde. Aus einem nicht genau bekannten Grunde zog er sich aber die Ungnade des Kaisers zu. Man erzählt, er habe in einem dem Staatssekretär Marschall gesendeten vertraulichen Reisebericht nach seiner Art ironisch über den Kaiser gesprochen und dieser Brief sei von einem seiner Gegner dem Monarchen in die Hände gespielt worden. Genug, Riederlen wurde noch Gesandter an Höfen zweiten Ranges — Hamburg, Kopenhagen, Bukarest, — dann aber stockte seine Laufbahn. Tschirschky und Schön, der Reihe nach Staatssekretäre, kamen ihm zuvor, obwohl er sie überragte. Auf die Dauer konnte man aber nicht an ihm vorübergehen und Bülow berief ihn zur Stellvertretung des Staatssekretärs im Herbst 1908 nach Berlin. Als Schön das Ministerium des Auseren verließ und als Botschafter nach Paris ging, wurde Riederlen-Wächter Leiter der auswärtigen Angelegenheiten. Zum Staatssekretär wurde er aber erst im Juni 1910 ernannt, was Bethmann Hollweg nicht ohne Schwierigkeiten durchsetzte. Das war ein hochsinniger Akt des Reichskanzlers, da Riederlen selbstbewußt und eigenwillig war, so daß Bethmann den ihm gebührenden Anteil an der Leitung der Geschäfte mitunter erst einfordern mußte. Aber die Tüchtigkeit des Staatssekretärs stand über jedem Zweifel, was auch der Kaiser anerkannte.

\*

## Wilhelm II.

Wilhelm II. war mit der Vorstellung von dem erhabenen Beruf des von Gott eingesetzten Königtums auf den Thron gelangt. In dieser Anschauung war er als Prinz von den politischen Vertrauten seiner Jugend, Waldersee und Stöcker, bestärkt worden. Sein Erzieher Hinzpeter nährte sein von Natur aus starkes Selbstbewußtsein, erfüllte ihn, wie Tirpitz berichtet, mit Mißtrauen gegen seine amtlichen Ratgeber, trieb ihn in Gegensatz zu Bismarck, dem er auf dem Höhepunkte der Krise von 1890 den Vorwurf zuschleuderte, er verachte seinen Monar-

chen. Mit Besorgnis hatte der edle Vater des Prinzen dessen Selbstüberschätzung wahrgenommen und gedachte sie dadurch zu dämpfen, daß er ihn in die strenge innere Verwaltung des Staates geben wollte, während es Wilhelm zu den auswärtigen Geschäften zog<sup>1)</sup>. Seine Eltern waren Kinder einer liberalen Zeit, er aber sprang mit beiden Füßen in Romantik und Mystizismus zurück. Er lehnte sich gegen die Natürlichkeit und Menschlichkeit seines Vaters auf, seine Mutter erschraak über das gefährliche Gottesgnadengefühl des Sohnes. Anfangs war ihm Bismarck das Vorbild, aber das jede Schranke überfliegende Selbstvertrauen des jungen Monarchen führte zum Sturze des großen Ministers.

Blendende Gaben wurden Wilhelm in die Wiege gelegt, die ihn zur Selbstbespiegelung verleiteten. Darunter ein vortreffliches Gedächtnis, fließende Rednergabe, gewandte Führung des Gespräches, brennendes Interesse für alles, was die Menschen bewegt und fördert, gleichviel ob auf dem Gebiete der Wissenschaft und der Technik, des Heerwesens und des Staatslebens. Auf alles erstreckte sich sein Anteil, oft bei unzureichenden Kenntnissen, aber immer mit dem Gefühl, er sei auf den verschiedensten Gebieten sachverständig. Seine Begeisterungsfähigkeit täuschte ihn über die Lücken seines Könnens und Wissens hinweg. Er sprühte vor Lust am Leben, vor allem vor Lust an seinem Herrscheramte. Unaufhörlich wollte er sich ausleben, immer kehrte er dabei sein Innerstes heraus; er sonnte sich an der Macht, auf deren Schein er einen noch größeren Wert legte, als auf ihre wirkliche Übung.

Seine Religiosität war nicht äußerlich; er war des besonderen Verhältnisses zwischen sich, dem Kaiser, und dem obersten Lenker sicher. Er betrachtete sich als Werkzeug des Herrn, als das Schwert, dessen sich Gott zur Herrschaft über die Deutschen bediente. Damit war ein starkes Bewußtsein von den ihm gefetzten Pflichten verbunden, das Gefühl der Verantwortlichkeit vor Gott, aber auch seinem Volke gegenüber. War seine Herrschermacht in Frage gestellt, so brauste er auf und drohte den zu zerschmettern, der sich gegen ihn auflehnte<sup>2)</sup>. Sonst aber war

<sup>1)</sup> Vgl. darüber jetzt den 3. Band der „Gedanken und Erinnerungen“, wo S. 2 der Brief des Kronprinzen Friedrich Wilhelm an Bismarck aus dem Jahre 1886 über diese Frage abgedruckt ist.

<sup>2)</sup> Bismarck hebt in seinen „Gedanken und Erinnerungen“, III, S. 128, hervor, daß bei Wilhelm II. im Gegensatz zu seinen Vorfahren das Prinzip der gegenseitigen Neigung zwischen Herrn und Diener gefehlt habe.

er gegen seine Untertanen — so erschienen ihm alle Reichsbürger ohne Unterschied — gütig und liebenswürdig, kein grausamer Zug gegen irgendeinen von ihnen ist uns überliefert; die Schrift Quiddes, die ihn mit Caligula vergleicht, führt vom Anfang bis zum Ende irre. Er war ein trefflicher Familienvater, von reinen Sitten, deshalb unwillig und unerbittlich gegenüber den Verirrungen, denen sein Freund Philipp Eulenburg erlag.

Die Feinde, die ihm von 1914 an erstanden, werden doch nicht vergessen machen, daß bis dahin gegen ihn, den 55jährigen Mann, in der inneren wie in der äußeren Politik nie der Vorwurf der Untreue, des Wortbruches, überhaupt der niederen Gesinnung erhoben worden war. Er verletzte die Freiheitsliebenden unter den Deutschen durch sein überspanntes Herrschergefühl, aber die Parteien wußten, wie sie zu ihm standen, und man konnte auf seine Gewissenhaftigkeit bei der Handhabung der Verfassung rechnen. Er setzte sich nicht eigenmächtig über sie hinweg; glaubhafte Klagen über Verletzung der verbrieften Parlamentsrechte sind nicht erhoben worden. Zuverlässig war er auch im Einhalten von Verträgen und Bündnissen mit anderen Staaten. Da er sein Wort hielt, warf er den Gedanken von sich, der italienische oder der rumänische König wären fähig, von dem oft erneuerten Bündnisse abzufallen. Weitausgespinnene Ränke waren schon deshalb nicht seine Sache, weil er immer das Herz auf seinen Lippen trug und mit der größten Unvorsichtigkeit seine Absichten, wie die ihn beherrschenden Gedanken, der Welt preisgab. Diese Unklugheit stürzte seine Ratgeber unaufhörlich in Verlegenheit, den Staat häufig in große Gefahren. Seine Lust sich aufzuknöpfen und mitzuteilen war so unbezähmbar, daß seine Minister genötigt waren, ihm Wichtiges vorzuenthalten. Sein erster Reichskanzler und dessen Sohn rechneten damit, daß der Kaiser in seiner Ahnungslosigkeit seiner Mutter und seiner Großmutter Dinge anvertrauen könnte, die verschwiegen bleiben mußten. Am bezeichnendsten aber war, daß, als die deutsche Regierung 1910 durch Verrat in Kenntnis der geheimen Korrespondenz des russischen Botschafters in London, Grafen Bendendorff, kam, dem Kaiser die Tatsache und der Inhalt der Papiere verhehlt wurden. So wenig hatten die Gegner des Deutschen Reiches die „Geheimdiplomatie“ des Kaisers ernstlich zu besorgen.

Im Verkehr war er, wie alle fremden Diplomaten bezeugen, gewinnend und anziehend; aber wenn er sich gehen ließ, verfiel er leicht

ins Burschikose, Vanale, wodurch er das feinere Gefühl verletzte. Wie um das Gegengewicht zu halten, kehrte er bei feierlichen Gelegenheiten, oder wenn er sich in Stein oder Farben konterfeien ließ, die Majestät marktschreierisch hervor; eine Eigenschaft, die auf fast allen seinen Bildnissen hervorsteht. Der französische General Gallifet machte vor einem Porträt Wilhelms II. die Bemerkung, es sähe wie eine Kriegserklärung aus. Er hatte einen Hang zum Theatralischen, ohne aber ein Komödiant zu sein; denn er gab sich wirklich so wie er war, mit seinen Schwächen, besonders mit seiner Selbstbespiegelung. Er sonnte sich in den Strahlen seines Herrscheramtes, wie er auch mit seinen Kenntnissen und Fähigkeiten prunkte. Das war so unköniglich wie möglich, denn der echte Herrscher besitzt das Gefühl seiner Majestät, ohne sie durch den Purpurmantel hervorkehren zu müssen; er hält die Menschen im Zaum, ohne sie durch Außerlichkeiten zu überglänzen. Wilhelm II. aber gab sich als Emporkömmling, noch dazu preußischen, berlinerischen Stils. An geistigen Gaben war er reicher als die meisten Herrscher seiner Zeit; wenn er sie wirken ließ, gewann er die Menschen, die sich aber abgestoßen fühlten, wenn er sie künstlich steigerte.

Will man sein Verhältnis zu den Männern der von uns geschilderten Zeit richtig erfassen, so darf man sich nur auf die vor dem Weltkriege niedergelegten Zeugnisse berufen. Die späteren sind fast durchwegs von leidenschaftlicher Parteilichkeit eingegeben, oft ein Zerrbild seiner Persönlichkeit. Überblickt man dagegen die Urteile der fremden Diplomaten über den Kaiser, sowohl die in ihren Depeschen, wie die in Büchern oder Zeitschriften niedergelegten, so tritt uns ein überwiegend günstiges Bild des Kaisers entgegen. Andrew White, Botschafter der Vereinigten Staaten in Berlin, geht darin am weitesten; er urteilt über Wilhelm geradezu enthusiastisch. Und White war nichts weniger als ein Höfling; Beweis dessen das von ihm in düsteren Farben gemalte Bild Nikolaus' II. und des russischen Hofes, an dem er gleichfalls als Botschafter geweilt hatte. Er stellt den sittlichen Charakter Wilhelms in seinem 1906 erschienenen Buche so hoch wie seine Regentenfähigkeiten und schließt das Kapitel über ihn mit den begeisterten Worten: „Der junge Herrscher, der jetzt an der Spitze dieses Reiches steht, ist zwar ein selbständiger Charakter, aber doch ein Sohn seiner großen Vorfahren und ein Verehrer ihrer großen Vergangenheit; er ist ein tapferer Held und doch ein friedfertiger Fürst. Nie wird er das Schwert aus seiner gepanzerten Faust geben; aber nicht weniger ist er



friedlichen Eroberungen hold. Seine FüÙe stehen auf der Erde, aber sein Blick sucht die Ideale. Das ist Wilhelm II., der wohl einen neuen Namen zur Liste jener Männer fügen wird, die als Führer Deutschlands an der Vervollkommnung der Welt gearbeitet haben.“ Nicht weil dieser Lobgesang mit der Wirklichkeit übereinstimmt, sind die Worte hierhergesetzt, sondern als Merkzeichen, wie Wilhelm einen hochstehenden Mann von großen Verdiensten zu erobern verstand. Und ähnlich äußerte sich über ihn im Jahre vor dem Weltkriege der frühere kanadische Ministerpräsident, Sir Wilfried Laurier, der im kanadischen Unterhause am 27. Februar 1913 den Kaiser als einen Mann feierte, „wundervoll begabt durch Geist, Charakter und moralische Anlagen; sein mächtiger Einfluß war immer für den Frieden eingesetzt“. Womöglich noch günstiger urteilte der Führer der Friedensbewegung in England, W. S. Stead, über des Kaisers Pläne und Regierungsmethode. Er sagte zu dem englischen Schriftsteller Harold Begbie, dieser habe Wilhelm in einem Aufsatz ganz falsch geschildert; „Mr. Stead versicherte mir, daß der Kaiser ihm selbst gesagt hatte, er seufze in seinem Innern über den Zustand seines Volkes, er bemühe sich bei jeder Gelegenheit, es zu den edlen Überlieferungen seiner mächtigen Vorfahren zurückzurufen, er schaudere bei dem Gedanken an Gott, dem er sicherlich eines Tages auf die Frage werde zu antworten haben: „Was habt ihr aus dem deutschen Volke gemacht?“<sup>1)</sup>

Man könnte nun sagen, diese Männer seien voreingenommen gewesen, hätten sich von Wilhelms Liebenswürdigkeit bestrieken lassen. Aber die geschworenen Feinde Deutschlands, der Klügel um Lord Northcliffe, machten — vor dem Kriege — halt vor der Person Kaiser Wilhelms. Der Korrespondent der Northcliffe-Blätter sprach sich 1911 „über die tiefe, persönliche Zuneigung aus, die den Kaiser mit Britannien und mit dem englischen Herzen verknüpfte... Es war sein Traum seit seiner Jugend, daß England und Deutschland Schulter an Schulter marschieren sollten“. Und in dem Hauptblatte der englischen Imperialisten, also unter den Augen Northcliffes, war am 17. Oktober 1913 zu lesen: „Wir alle kennen den Kaiser als vollkommenen Gentleman, dessen Wort zuverlässiger ist als die Unterschrift mancher anderer, den als Gast zu begrüßen wir immer froh, den zu verlieren wir immer betrübt sind, als einen Herrscher, dessen

<sup>1)</sup> Harold Begbie, „The vindication of Great Britain“, S. 123.

Ehrgeiz für sein eigenes Volk ebensoguten Grund hat wie unser eigener<sup>1)</sup>."

Es hieße Wasser in den Ozean tragen, wollte man all die Zeugnisaussagen über die friedlichen Absichten Wilhelms zusammenstellen; auch die französische offizielle Ansicht ist, daß er bis zum Herbst 1913 den Frieden aufrechtzuhalten und erst von diesem Zeitpunkte zum Losschlagen bereit war<sup>2)</sup>. Auf den Umschlag der öffentlichen Meinung über den Kaiser nach 1914, besonders aber nach der Niederlage Deutschlands, ist kein Gewicht zu legen; mit einer in der Geschichte sonst kaum verzeichneten Erbärmlichkeit fielen jetzt alle Gegner über den Kaiser her und entwarfen von ihm das Bild eines nach Weltherrschaft und Krieg strebenden Tyrannen.

<sup>1)</sup> Die obigen Ausführungen nach Begbie, S. 131. Von den vor 1914 im Ausland erschienenen Büchern verdienen erwähnt zu werden: Legge, „The public and private life of Kaiser Wilhelm II“, 1905; Grand Carteret, „Le César allemand“, 1909; P. Baudin, „L'empire allemand et l'empereur“, 1912; S. Whitman, „German Memoirs“, 1912. Das Gesamturteil über Wilhelm II. ist — bei starken Abweichungen im einzelnen — überwiegend günstig.

<sup>2)</sup> So nach dem französischen Selbbuch.

